

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erschient täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

## Italiens großer Staatsmann.

Herr Crispi ist bekanntlich der gute Freund des kaiserlichen Bismarck. Die beiden Staatsmänner haben sich gegenseitig angestaut und wenn sie in der ländlichen Einsamkeit von Friedrichsruh mit einander zusammenkamen, so schien es, als ob sie dort die Welt mit einander zerhacken hätten. Herr Crispi ging jedenfalls immer sehr bescheiden nach Rom zurück; sein Freund hatte ihn offenbar ermuntert in seinen Bestrebungen, die Opposition zu zerschlagen und möglichst rücksichtslos zu sein. Das letztere, welches bekanntlich das A und das O der Bismarck'schen Staatskunst bildet, war für den ehemaligen Gariboldianer Crispi das Angelegenste; er brachte es zur Wirklichkeit darin.

Der Sturz Bismarck's wird auch den Sturz Crispi's nach sich ziehen. Wir sagen das nicht, weil wir etwa an Ahnungen oder Weissagungen glauben. Aber die moralischen Wirkungen, die sich an den ungewollten Rücktritt des „eisernen Kanzlers“ knüpfen, sind ungeheurer als ihre Wellenschläge erreichen auch den Boden, auf dem der italienische Kanzler sich befindet.

Zwar in dem letzten Kampfe mit der parlamentarischen Opposition Italiens hat Crispi noch einmal einen glänzenden Sieg errungen. Aber es ist ein Pyrrhus'scher Sieg. Denn er war nur möglich in dem gegenwärtigen Parlament, das durch Herrn Crispi und durch die Intriguen und Machinationen seiner Helfershelfer entnerot und korrumpirt worden ist. Von den italienischen Volksvertretern haben sich eine Menge die Hände gebunden, einmal durch die Verknüpfung ihres Mandats mit lokalen Interessen. Sie wagen keine selbstständige Abstimmung und ihre Feigheit und Erbärmlichkeit ist es, die dem Ministerium Crispi seine parlamentarischen Siege ermöglicht.

Das italienische Volk denkt ganz anders als die Mehrheit dieses Parlaments. Das haben die einzelnen Wahlen der letzten Zeit deutlich genug gezeigt.

Die Italiener haben in diesem Jahrhundert eine lange Zeit der Kämpfe und der Katastrophen durchgemacht; die Jugend, die auf hundert Schlachtfeldern verblutet ist, hat aber nicht nur für die Einheit, sondern für die Freiheit Italiens gekämpft. Das that auch Herr Crispi, da er noch ein junger Mann war. Aber nach dem Italien endlich ein Staatsganzes geworden und er an die Spitze desselben getreten war, brauchte er die Gewalt der Zentralisation, um die italienische Freiheit in der Wiege zu ersticken.

Brutale Verfolgungen der Opposition und namentlich der Sozialisten sind ein Merkmal der Crispi'schen Regierungen. Die Polizeiwirtschaft, die er eingeführt hat, erinnert an das Schirrenthum in Neapel. Nicht einmal die geringste Kritik kann der große Staatsmann vertragen und die Ausweisungen ausländischer Korrespondenten haben gezeigt, daß er keine „Nerven“ hat. Zu mehreren tausend Strafantragsformularen hat er es allerdings nicht gebracht.

Zu gleicher Zeit trieb ihn der Großmachtstachel, es Anderen gleichzutun, denen er aber nicht gleichkommen konnte. Ausgaben für Heer und Flotte wurden gemacht, die Italien schier erdrücken mußten. Und doch befinden sich die italienischen Finanzen in traurigem Zustand, was bei den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes auch gar nicht anders sein kann. „Nach berühmten Mustern“ hatte Crispi auch unaufhörliche Hätteleien mit den Franzosen; er hielt sich für groß genug, um „kalte Wasserstrahlen“ nach Paris zu senden. Und doch mußte er wissen, daß zwischen dem italienischen und dem französischen Volke keineswegs ein Massenhaß oder eine „Erbfeindschaft“ besteht. Sein Uebermuth ging manchmal so weit, daß der Friede gefährdet erschien, denn die Crispi'sche Politik verbar nur sehr schwach ihre Absichten auf gewisse Grenzgebiete der Schweiz und Frankreichs. Das Verhältnis von Italien zu Frankreich kann mit dem Deutschlands zu Frankreich nicht verglichen werden; darum hatte Herr Crispi für seine Politik gegen Frankreich zwar den Beifall der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und ihrer Nachbeter; sonst aber sah man wohl ein, daß er die Franzosen ganz unnötig zu reizen und zu stacheln bemüht war.

Dabei befand und befindet sich die Bevölkerung, bei wachsenden Auflagen, im elendesten Zustande zum größten Theile. Das Loos der Arbeiter ist ein überaus trauriges und ist es kein Wunder, daß sie in Massen ihr Vaterland verlassen, weil sie an jedem anderen Orte es besser zu haben glauben, als dort. In ihrer unglücklich niedrigen Lebenshaltung kann man sehen, wie es ihnen daheim geht. Herr Crispi ist ein Mann von „großen“ Ideen; er suchte sich dagegen durch — Auswanderungsverbote zu helfen. Man kennt aus häufigen Schilderungen die jammervollen Zustände in der Romagna; namentlich die Lage des Landproletariats ist grauenregend. Aber das hat Herrn Crispi nicht bewegen können, dem Volke Erleichterungen, Schutz gegen Ausbeutung und Ähnliches zu verschaffen, nicht einmal andeutungsweise hat er sich darauf eingelassen. Von sozialpolitischen Reformbestrebungen hat er sich

sorgfältig ferne gehalten. Um so brutaler ist er sogleich mit Polizei- und Militärgewalt eingeschritten, wo er den geringsten Anlaß vorhanden glaubte. Man erinnert sich, wie jüngst auf streikende Arbeiterinnen geschossen worden ist und mehrere getödtet worden sind. Die verzweifeltsten Frauen und Mädchen hatten allerdings das Militär, wenn man den Berichten Glauben schenken darf, gereizt; aber in welchem anderen Lande als vielleicht höchstens in Rußland oder Belgien würde man auf die armen wehrlosen Arbeiterinnen scharf geschossen haben?

Unter diesen Umständen darf man die Festigkeit der Stellung Crispi's nicht nach einer korrumpirten Parlamentsmajorität beurtheilen. Das Volk ist ohne Zweifel erbittert; es wählt nach einander Abgeordnete, die der Regierung unangenehm sind, es demonstriert bei jeder Gelegenheit gegen dieselbe und die demokratische, sowie die sozialistische Bewegung sind in raschem Wachstum begriffen. Die nächsten allgemeinen Wahlen bringen eine andere Zusammensetzung des Parlaments und damit auch den Sturz des Herrn Crispi; daran zweifeln wir nicht.

Italien, dies so schöne aber so unglückliche Land, dessen Kräfte von Mißregierungen und despotischem System aller Art durch Jahrhunderte aufgefogen worden sind, braucht eine weise und milde Regierung, um gesünder zu werden, nicht aber eine Regierung des Großmachtstchels und der Brutalität.

Herr Crispi kann seinem Vaterlande keinen größeren Dienst erweisen, als indem er sich gleich seinem berühmteren Freunde auf ein einfaches Tuskulum zurückzieht. Wir gönnen es ihm so behaglich als möglich — wenn er nur geht. Wenn er dann gleichfalls „nach berühmten Mustern“ mit pikanten Enthüllungen und Blandereien aufwarten will, so wird das eine angenehme Zugabe sein.

## 5. Sitzung der Arbeiterschutzkommission.

9. Juni.

Der § 105g: „Das Verbot der Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen kann durch kaiserl. Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths auf andere Gewerbe ausgedehnt werden. Aus die von dem Verbot zugelassenen Ausnahmen finden die Bestimmungen der §§ 105c-105f entsprechende Anwendung“ wird nach kurzer Debatte, an der sich Hirsch, Schmidt, v. Stumm, Möller, Grillenberger, Böttcher, Kropatschek, Geheimrath Bohmann und v. Puttkamer betheiligten, angenommen und zwar mit dem Zusatzantrag Bebel und Genossen: „Diese Verordnungen sind dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Reminiscenznahme

geländer. Jetzt schien man sie bemerkt zu haben; die Kommissar gingen lachend auseinander. . . Er hatte Recht; sie machte sich jetzt Vorwürfe über ihr unbefonnenes Benehmen von ehemals. Aber wie feig war er, wie verachtete sie ihn jetzt! . . . Eine große Verwirrung bemächtigte sich ihrer; war es nicht seltsam, daß sie soeben die Kraft gefunden, einen angebeteten Mann zurückzuweisen, während sie ehemals vor diesem elenden Burschen, dessen Liebe sie nur geträumt, sich so schwach erwiesen hatte?

Sie schritt rasch durch die Halle. Während ein Inspektor die Thür öffnete, die seit dem Morgen geschlossen war, blickte sie instinktmäßig auf. Sie sah Mouret; er stand noch immer auf der Höhe der Treppe, welche die Gallerie beherrschte. Doch hatte er der Inventur vergessen er sah nicht mehr sein Reich, diese von Schätzen strotzenden Magazine. Alles war verschwunden: die geräuschvollen Triumphe des gestrigen, das ungeheure Vermögen des morgigen Tages. Mit verzweifeltten Blicken folgte er Denisen und als sie die Thüre hinter sich hatte, gab es nichts mehr für ihn; das Magazin verfinsterte sich in seinen Augen.

### Drittes Kapitel.

Bouthemont traf an diesem Tage als Erster bei Mme. Desforges zum Thee ein. Sie war noch allein in ihrem großen Salon und empfing ihn, als er eintrat, mit der Frage:

— Nun denn?  
— Nun denn, erwiderte der junge Mann, als ich ihm sagte, daß ich jedenfalls kommen werde, um Ihnen guten Tag zu sagen, versprach er mir in aller Form, ebenfalls zu erscheinen.

## Fenilleton.

53

### „Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Draußen lehrten schon einzelne Familien von ihren Ausflügen zurück, beladen mit Blumen und ihre Kinder hinter sich führend. In den Abtheilungen war es allmählig still geworden, man hörte nur noch hier und da Ausrufungen. Die Fachlaken, die Schränke, die Kartons, die Schachteln waren jetzt leer, nicht ein Meter Stoff, nicht ein einziger Artikel war auf seinem Platz geblieben. 16 Millionen Waaren lagen am Boden und die Kommiss, die bis an den Schultern unter den Waaren standen, begannen nun die Artikel wieder einzuprägen. Man hoffte damit bis 10 Uhr fertig zu werden. Madame Aurelie, die als Erste vom Diner zurückkam, machte die Summe der im verfloffenen Jahre realisirten Geschäfte. Die Ziffer betrug 80 Millionen, 10 Millionen mehr als im vorhergehenden Jahre. Wos in den Fantasie-Büchern war ein Rückgang zu verzeichnen.

Wenn Herr Mouret noch immer nicht zufrieden ist, so weiß ich wahrlich nicht, was er will. Da habt Ihr ihn auf der Höhe der großen Treppe mit wüthenden Mienen beobachtet.

Die Fräulein beeilten sich, auf ihn zu schauen; er stand in der That mit düsterem Gesicht über den Millionen, die zu seinen Füßen aufgeschüttet waren.  
— Ach bitte Sie, Madame, laute Denise in diesem

Augenblick, gestatten Sie, daß ich mich zurückziehe, ich kann ja jetzt nichts mehr leisten wegen meinem kranken Beine, und da ich bei meinem Oheim zu Mittag essen werde. . .  
Alle Welt war erstaunt. Wie, sie hatte nicht nachgegeben? Madame Aurelie zögerte; sie schien auf dem Punkte zu sein, ihr zu verbieten, daß sie sich entferne, während Klara mit geringschätiger Miene die Achseln zuckte, als hätte sie sagen wollen: Lasset gut sein! Die Sache ist ja sehr einfach; er wollte von ihr nichts wissen. Pauline bestand sich mit Deloche eben in der Abtheilung für Kinderwäsche, als sie diese Abwicklung erfuhr. Die plötzliche Freude des jungen Mannes versetzte sie in heftige Jörn. Das wird ihm wenig nützen, meinte sie. Ist er vielleicht gar glücklich darüber, daß ihre Freundin dumm genug war, ihr Glück zu verschergen?

Mittlerweile stieg Denise langsam hinab, sich immer an das Treppengeländer stützend.  
Als sie am Fuße der kleinen Treppe zur Linken anlangte, stieß sie auf eine Gruppe Kommiss, die noch immer ihren Spott trieben. Sie hörte ihren Namen nennen und begriff, daß man noch immer von ihrem Abenteuer sprach. Man hatte ihre Anwesenheit nicht bemerkt.  
— Habt Ihr schon solche Umstände gesehen? rief Favrier. Sie ist ja lasterhaft durch und durch. Ich kenne Jemanden, den sie mit Gewalt haben wollte! . . .  
Und er schaute auf Outin, der in seiner Würde eines zweiten Kommiss sich auf vier Schritt Entfernung hielt und in die Gespräche nicht einmischte. Aber er war so geschmeichelt von den neidischen Mienen der Anderen, daß er zu murmeln geruhete:  
— Ja, sie hat mir viel Verdruß gemacht!  
Denise, im Herzen getroffen, stützte sich an das Treppen-

mitzuteilen. In der Diskussion betonte Geh. R. Lohmann, entgegen den neuerlichen Aeußerungen des Handelsministers, daß die Regelung der Sonntagsruhe für die im Gast- und Schankgewerbe und im Verkehrsdienst beschäftigten Arbeiter durch ein besonderes Gesetz zu regeln sei, da der Verordnungsweg dazu nicht ausreichen dürfte. Außerdem erklärte er, daß die ganzen Schutzbestimmungen dieses Gesetzes auf die landwirtschaftlichen Betriebe, auch die mit Maschinenbetrieb, keine Anwendung finden sollen, sondern nur auf die industriellen Nebenbetriebe der Landwirtschaft. Grillenberger erklärt, daß seine Partei, entweder an geeigneter Stelle in dem vorliegenden Gesetz oder durch Sondergesetz, die Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf sämtliche landwirtschaftliche Lohnarbeiter beantragen werde.

Der § 103 h handelt davon, den Landes-Zentralbehörden die Befugnis vorzubehalten, für einzelne Feiertage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, Abweichungen von den Vorschriften des § 103 b Abs. 1 zu gestatten. Die drei großen Feiertage und das Himmelfahrt- und Neujahrsfest werden davon nicht betroffen. Auch sollen weitergehende landesgesetzliche Beschränkungen der Arbeit an Sonn- und Feiertagen den Bestimmungen der §§ 103a bis 103g nicht entgegenstehen. Der Paragraph wird in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, nachdem er namentlich durch das bayerische Landesparlament, Oberregierungsrath Landmann, eine ausführliche Begründung gefunden.

Mit Erledigung dieser Paragraphen ist die erste Beratung des Abschnitts über die Sonntagsarbeit beendet.  
Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

## Korrespondenzen.

**Stockholm, den 7. Juni.** „Die Revolution in Malmö“, welche drei Tage lang das Königreich Schweden im Zustande fieberhafter Erregung gehalten hatte, ist schon jetzt wieder beendet; zur allgemeinen Beruhigung trug gestern die Entscheidung bei, daß die „große Gefahr“, in der das Land schwebte, hauptsächlich in dem „Druckfehler“ eines amtlichen Telegramms bestanden hatte, welches meldete, daß eine Volksmenge von 30 000 Menschen das Rathaus von Malmö stürmen wolle, während die Zahl nur 3000 heißen sollte. — Wie ein Blick auf die Karte lehrt, ist Malmö die südlichste bedeutendste Stadt Schwedens und liegt direkt Kopenhagen gegenüber. Bei dem regen Handelsverkehr beider Städte untereinander ist es ganz natürlich, daß sich von der dänischen Hauptstadt aus auch der Einfluß der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Malmö bemerkbar machte. Und da gerade in diesem Frühjahr in Kopenhagen die Lohnbewegung eine sehr nachhaltige ist, so mochten wohl auch in Malmö, welches beiläufig 45 000 Einwohner zählt, die Unternehmer schon längst mit einem gewissen Grauen dem Ausbruch des ersten Streiks entgegenzusehen haben. So nur läßt sich die Erbitterung erklären, welche sofort am Montag Platz griff, als die größere Zahl der Bauhandwerker die Arbeit niederlegte. Man that dies, da die Forderung einer 10-prozentigen Erhöhung der Lohnsätze, während bisher noch kein Stundenlohn von 28 Öres (32 Pfennige) abgelehnt worden war. Die Zahl der Streikenden, welche sich aus Maurern, Zimmerleuten und Bautischlern zusammensetzten, mochte sich am Montag Mittag auf 400 belaufen. Die Meister nahmen aber sofort eine sehr scharfe Stellung den Arbeitern gegenüber ein; viele, bei denen noch gar nicht gestreikt wurde, entließen ohne weiteres ihre Arbeiter und wollten sie nicht eher wieder beginnen lassen, bis der Streik überhaupt beendet sei. Diese Maßregel rief auf Seiten der Arbeiter aber nur die gleiche Entschlossenheit hervor, so daß sich auch am Nachmittag in vielen Werkstätten die Tischler, Schlosser, Drechsler und andere mit den Streikenden und Ausgesperrten solidarisch erklärten und ebenfalls die Arbeit einstellten. Am Dienstag Morgen mochte die Zahl der Streikenden wohl bereits auf 1500 gestiegen sein. Der Bürgermeister der Stadt zeigte sich aber von vorn herein der Situation nicht gewachsen. Er stimmte den Unternehmern darin zu, daß die Streikbewegung nur durch die „von außerhalb“ herbeigekommenen sozialdemokratischen Agitatoren künstlich ins Leben gerufen sei; vielleicht auch dachten die Herren daran, daß es eine ganz willkommene Gelegenheit sei, Malmö zu einer Garnisonstadt zu machen, während bisher noch kein Militär in derselben lag. Infolge dessen wurden die Arbeiter-Deputationen sowohl am Rathaus, als auch von den Unternehmern ohne weiteres zurückgewiesen und nur dringende Telegramme an die Regierung mit der Bitte um militärischen Schutz abgeandt. Allerdings machte sich unter den Arbeitern infolge der ablehnenden Haltung der Meister laute Entrüstung bemerkbar. Die Zahl der Menschenmenge in den Straßen wurde immer größer, und als gar der Bürgermeister an den Straßenecken große Plakate anbringen ließ, auf denen die Strafbestimmungen gegen Aufruhr zu lesen waren, wurden die Zettel sofort wieder abgerissen und theilweise auch die mit dem Ankleben beauftragten Polizeibeamten verhöhnt. — Da endlich Abends halb neun Uhr kam die „lang ersehnte“

militärische Hilfe in Gestalt von 200 Husaren, welche von Landskrona kommend, mit lautem Trompetenschall in die Stadt einrückten. Die Volksmenge machte den Ankommenen ruhig Platz, welche bis zum Marktplatz zogen und darauf im Hofe des Polizeiamtes Aufstellung nahmen. Hierdurch nun hatte die Polizeimannschaft des Herrn Bürgermeisters so viel Muth erhalten, um aus ihrer bisher beobachteten Defensiv zur Offensiv überzugehen. In mehreren Abtheilungen rückte die Polizei aus und suchte eine Anzahl der Manifestanten zu verhaften. Mit schwerer Mähe gelang es ihr, etwa ein halbes Duzend zu ergreifen und nach dem Muthaus abzuliefern; aber immer drohender wälzte sich die Menge des Volkes heran und verlangte laut die Herausgabe der Verhafteten. Dies aber war der Augenblick, wo der Bürgermeister sein Amtsbereich „als in Gefahr schwebend“ erachtete und deshalb — es war bereits in der zehnten Stunde — den Anführer der Husaren ersuchte, einen Angriff gegen das Volk zu unternehmen. Die Reiterei stürzte sich nun mit der blanken Waffe unter die auf dem Marktplatz versammelte Menge, unter welcher sich außer den Streikenden natürlich auch viele Neugierige, Frauen und Kinder befanden. Die nun folgenden Szenen blieben im Dunkel der Nacht gehüllt, da die Laternen sehr bald erloschen. Die Verwundungen waren zahllos, doch hatte im Allgemeinen das Verwundung nur geringen Erfolg. Mehrere Pferde stürzten, und ebenso wurden einige Polizeibeamte nicht unbeschädigt verundet. Ein Kommissar soll sogar niedergeworfen sein, derselbe wurde noch in der Nacht ins Hospital gebracht. Erst gegen Morgen wurde die Stadt ruhig, und nachdem am Vormittag auch noch zwei Batterien reitender Artillerie eingetroffen waren, konnte die Volksbewegung als niedergeworfen angesehen werden. Am Mittwoch waren denn auch die Polizeimannschaften, Husaren und Kanonen die Einzigen, welche auf der Straße zu sehen waren. — Nach diesem „Erfolge“ ließ sich nun endlich der Herr Bürgermeister darauf ein, mit den Arbeiterkommissionen und den Unternehmern zu unterhandeln. Die Meister hielten unter Weisung des Landhauptmanns Beratungen ab, und die Arbeitervertreter durften sich im Rathhause darüber Bescheid holen. Aber trotz aller Ermahnungen zur Nachgiebigkeit hatten die Meister am Freitag Abend die Forderungen der Arbeiter noch nicht angenommen. Wenn daher auch die Schlosser und Holzwerker am Donnerstag und Freitag zum größeren Theil wieder an die Arbeit gingen, so dauerte doch der Streik der Bauhandwerker bis jetzt noch an. — Was nun endlich die Beilegung der sozialdemokratischen Parteiführer bei der ganzen Bewegung anbetrifft, so suchten diese allerdings die Leitung derselben in ihre Hand zu bekommen, um vor Allem die Planlosigkeit zu vermeiden. Leider gelang ihnen dies nicht, sonst würde es wohl auch nicht zu den turbulenten Szenen gekommen sein. Das Parteigebäude „Arbetet“ scheute sich deshalb auf keinen Weg, die Arbeiter dringlichst zur Unterlassung jeder Ruhestörung aufzufordern und besonders den beabsichtigten allgemeinen Streik aller Gewerke als schädlich zurückzuweisen. Voraussetzungen für die Lohnbewegung in geordneter Weise weiter durchzuführen. — Die Zahl der verhafteten Arbeiter beträgt zur Zeit 41, die Zahl der ernstlich Verwundeten wird behördlicherseits auf 67 angegeben. Einige Truppenkontingente sollen nunmehr dauernd in Malmö stationiert werden.

## Politische Uebersicht.

In der Montagssitzung der Militärkommission trat der neue Reichszangler als *deus ex machina* auf. Der *deus ex machina* — der aus der Theatermaschine hervorsteigende Gott — war bei den alten Römern und Griechen bekanntlich nur dann nöthig, wenn die Sache so verfahren war, daß sie von innen heraus, organisch nicht wieder in Ordnung gebracht werden konnte. Und gründlich verfahren ist der Karren der neuen Militärvorlage. Das Zukunftsbild, welches der Kriegsminister in der Kommission gemalt hat, läßt sich von der Militärvorlage nicht trennen, und mag noch so dringlich gemahnt werden, das Zukunftsbild als etwas nicht Vorhandenes zu betrachten — das ist einfach unmöglich und ein Abgeordneter, der für die Vorlage stimmen wollte, ohne sich um die Folgen seines Votums zu kümmern, würde sich entschieden einer Pflichtvergeßlichkeit schuldig machen.

Die Erklärungen des Reichszanglers verfehlten auch vollständig ihre Wirkung — außer auf solche Kommissionsmitglieder, die, wie z. B. Bennigsen nur einen halbwegs plausiblen Grund oder Vorwand zum Ja sagen zu haben wünschten.

Das Zentrum, in dessen Händen die Entscheidung liegt, schwankt noch — die Gegner der Vorlage scheinen noch in der Majorität — über die Stellungnahme wird man sich aber erst in der Fraktionsitzung, die Montag Abend stattfindet, schlüssig machen — oder auch nicht. Herr Windthorst er-

klärte ausdrücklich, daß er sich bis zur dritten Lesung die Hand freihalten müsse.

Die Generaldebatte wurde geschlossen, nachdem Siebert in einem im Namen seiner Fraktion noch die Erklärung abgegeben hatte, daß die Verhandlungen der Kommission, weit entfernt, die Sozialdemokratie in ihrer vornehmenden Stellung zu erschüttern, sie darin nur bestärkt habe. Bei der prinzipiell negirenden Haltung, welche die Sozialdemokratie der Vorlage wie dem ganzen Militarismus gegenüber einnehme, könne er — Redner — sich auf die Frage der Kompensationen wie auf andere Nebenfragen nicht einlassen. Im Plenum werde die Fraktion noch Gelegenheit haben, zum Lande zu reden.

Die nächste Kommissionsitzung wird am Mittwoch stattfinden.

Die Detailberatung dürfte noch mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen. Thatsache ist, daß die Chancen der Vorlage mit jedem Tag ungünstiger werden.

**Zur Frage des strafrechtlichen Zustandes nach Aufhebung des Sozialistengesetzes** bringt die „Magd.“ einen instructiven Artikel, den wir im Auszuge mitzuteilen nicht unterlassen wollen. Das Blatt sagt über diese nicht allzu einfach zu entscheidende Frage folgendes:

Wenn man auf den Wortlaut (des Gesetzes) sieht, könnte man zu dem Schluss gelangen, es genüge für die Bestrafung einer Handlung, wenn sie vor ihrer Begehung unter ein Strafgesetz gestellt war; allein diese einfache Bedingung genügt nicht, das Strafgesetz, unter welches die Handlung fällt, muß nicht nur vor ihrer Begehung bestanden haben, sondern es muß auch zu der Zeit bestehen, in welcher das dieselbe rügende Urtheil ergiebt, wie dies von Binding in seinem Handbuch des Strafrechtes (I. S. 205) sehr richtig hervorgehoben wird. Dieser allgemein richtige Rechtsatz erleidet jedoch bei der praktischen Anwendung einige Modifikationen, insofern nämlich ein bislang bestandenes Strafgesetz einfach abgibt, d. h. durch eine anderweitige gesetzliche Regelung ersetzt oder aufgehoben wird, ohne daß ein Ersatz dieser Art eintritt; in dem letzteren Falle kann die Aufhebung des Gesetzes entweder mit rückwirkender Kraft ausgesetzt sein, so daß die vor der Aufhebung entstandenen Strafrechte zur Strafverfolgung keinen Anlaß mehr geben oder aber die Aufhebung fehlt die rückwirkende Kraft; ob dies oder jenes vom Gesetzgeber gewollt ist, haben die Gerichte auf Grund der Auslegung des gesetzgeberischen Willens festzustellen, welcher die Aufhebung auspricht. Da aber die Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht durch ein neues Gesetz, sondern einfach durch die Nichtverlängerung des bisherigen geltenden Gesetzes erfolgt, so bietet die Interpretation keine Handhabe, um zu einer richtigen Lösung zu kommen. Unter diesen Umständen muß auf die Verneinung der Strafrechtlichkeit zurückgegriffen werden, wonach der Richter bei Verurteilung eines Urtheils das zu dieser Zeit geltende Gesetz anzuwenden hat. Da nun nach dem 1. Oktober das Sozialistengesetz nicht mehr in Kraft ist, so hat wegen aller auf Grund desselben strafbaren Handlungen, welche nach dem gedachten Tage zur Verurteilung gelangen, freisprechung zu ergreifen; daß jegliche strafrechtliche Verfolgung, soweit sie noch nicht bis zu dem Zeitpunkte eines Urtheils gediehen ist, zu unterbleiben hat, bedarf nicht der ausdrücklichen Hervorhebung. Es ist nun möglich, daß vor dem 1. Oktober auf Grund des Sozialistengesetzes eine Verurteilung ausgesprochen, gegen diese aber die Berufung eingelegt wurde, welche nach dem 1. Oktober zur Verhandlung kommt, und es fragt sich, was die Strafkammer alsdann zu thun hat? Daß die Anwendung des Sozialistengesetzes nicht als Berufungsgrund geltend gemacht werden kann, unterliegt keinem Zweifel, denn das Schöffengericht, welches vor dem 1. Oktober erkannte, mußte dieses Gesetz anwenden und hat demgemäß nachkommen richtig erkannt; wäre aber die Berufung aus einem anderen Grunde eingelegt und die Strafkammer der Ansicht, daß diese gerechtfertigt ist, so hätte Freisprechung zu erfolgen, weil die Strafkammer auf den Fall dann das Recht anzuwenden haben würde, wie es zu dem Zeitpunkt besteht, indem sie über die Berufung erkennt. Ist gegen eine Verurteilung eines Landgerichts die Revision eingelegt worden, so wäre, falls diese seitens des Reichsgerichts für begründet erachtet wird, die Sache zurückzuweisen; das aber nunmehr mit der Sache betraute Gericht muß auf Freisprechung zu erkennen haben, weil die gesetzliche Voraussetzung für die Strafbarkeit der Handlung, ein geltendes Gesetz nicht mehr vorhanden ist. . . .

Andererseits verhält es sich mit den bereits rechtskräftig abgeurtheilten Sachen, deren Strafe vor dem 1. Oktober erfolgt, aber noch nicht zum Vollzug gelangt ist; es liegt auf der Hand, daß diese Strafen durch die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes eine Verklärung nicht erleiden können, sondern ebenso vollstreckt werden, als wenn dieses Gesetz noch Geltung hätte; die rechtskräftige Erledigung hat die Strafleistung des Verbrechens endgültig festgestellt und jeglicher Einwirkung der Veränderung des gesetzgeberischen Willens entzogen. Damit wollen wir natürlich nicht der Gesetzgebung die Möglichkeit oder Befugnis bestreiten, zu bestimmen, daß auch die auf Grund des aufgehobenen Gesetzes

— Sie haben ihm zu verstehen gegeben, daß ich heute auf den Baron zähle?

— Ohne Zweifel; dies schien ihn zu bestimmen.

Sie sprachen von Mouret. Dieser hatte im verfloffenen Jahre eine plötzliche Neigung zu Bouthemont gefaßt, in dem Grade, daß er ihn zu seinen Vergnügungen zuzog. Er führte ihn sogar bei Henriette ein, froh darüber, daß er jemanden bei der Hand hatte, welcher einige Heiterkeit in das Verhältniß brachte, dessen er schon überdrüssig war. So war der erste Kommiss der Seiden-Abtheilung allmählich der Vertraute des Patrons und der schönen Wittve geworden; er besorgte ihre kleinen Aufträge, sprach mit dem Einen von dem Andern und versöhnte sie zumeilen, wenn ein kleiner Zwist vorfiel. In ihren Eifersuchtsanwandlungen überließ sich Henriette einer Intimität, welche ihn überraschte; sie ließ alle Vorkehrungsregeln der Dame von Welt außer Acht und vernachlässigte selbst den äußeren Schein.

Sie sagte in heftigem Tone:

— Sie hätten ihn mitbringen sollen, damit ich sicher sei.

— Ich kann nichts dafür, wenn er mir seit einiger Zeit immer einschläft. . . . Und doch ist er mir wohlgehumt; ohne ihn würde es mir schlimm ergehen.

In der That war seit der letzten Inventur seine Stellung im „Glück der Damen“ bedroht. Vergebens berief er sich auf die regnerische Saison; man hielt ihm immer wieder den großen Borrath an Fantasieside vor. Und da Dutin diesen Umstand ausbeutete und im Stillen bei den Chefs gegen ihn arbeitete, fühlte er den Boden unter sich wanken. Mouret hatte ihn verurtheilt, denn ihm war dieser Jenge lästig, der ihn behinderte, sein Verhältniß abzubrechen; auch war er dieser Familiarität überdrüssig, die ihm keinen Vortheil brachte. Aber seiner gewohnten Taktik getreu, schob er Bourboncels vor; Bourboncels und die anderen Interessirten forderten in jeder Beratung die Entlassung Bouthemonts, während er — wie er behauptete — seinen Freund trotz vielfacher Verdrüsslichkeiten vertheidigte. Ich werde warten, sagte Henriette. Das Mädchen wird

um 5 Uhr hier sein. Ich muß sie hier zusammenführen und ihnen ihr Geheimniß entlocken.

Und sie kam auf ihren überlegten Plan zurück; sie wiederholte in ihrer fieberhaften Ungeduld, daß sie Madame Aurelie gebeten habe, ihr Denise zu schicken, damit sie einen Mantel besichtige, der ihr nicht passe. Hat sie einmal das Mädchen in ihrem Zimmer, so wird sie schon ein Mittel finden, Mouret zu rufen und dann wird sie handeln.

Bouthemont, der ihr gegenüber saß, betrachtete sie mit seinen schönen lachenden Augen, welchen er einen ernsten Ausdruck zu geben suchte. Dieser gemüthliche Gevatter mit dem rabenschwarzen Barte, dieser heitere Lebemann, dessen heißes Cascagnerblut sein Gesicht röthete, dachte sich, daß die Frauen der guten Gesellschaft, wenn sie sich gehen lassen dürfen, keineswegs Muster von Tugenden sind. Gewiß: die Maitresses seiner Freunde, gewöhnliche Ladenmädchen, würden sich nicht vertraulicher benehmen können.

— Was kann Ihnen das schaden? wagte er endlich zu fragen, da ich Ihnen schwöre, daß unter ihnen nichts vorgefallen ist.

— Doch, doch, schrie sie, er liebt sie. Ueber die Andern mache ich mich lustig, das sind nur bloße Begegnungen, vorübergehende Tageslaunen.

Sie sprach von Klara mit Geringschätzung, man hatte ihr erzählt, daß Mouret nach dem Desus Deutens wieder zu dieser großen Nothen mit dem Pferdskopfe zurückgekehrt sei, ohne Zweifel aus Berechnung, denn er behielt sie in der Abtheilung, überhäufte sie mit Geschenken, offenbar um die Sache auffällig zu machen. Ueberdies führte er seit drei Monaten ein fürchtbar ausschweifendes Leben und gab das Geld mit einer Verschwendung aus, die schon sprichwörtlich geworden; einer Choristin hat er ein Hotel gekauft, zwei oder drei gewöhnliche Dienern zugleich saugen ihn aus, indem sie einander an kostspieligen und läuden Kapriolen überboten.

— Und das alles ist die Schuld dieser Kreatur, wiederholte Henriette. Ich sehe ja, daß er sich mit Andern ruinirt, weil sie ihn abweist. . . . Was kümmert mich übrigens sein Geld? Ich wollte, er wäre arm. Sie wissen,

wie sehr ich ihn liebe, Sie, der Sie sein Freund geworden sind.

Sie hielt bekommen inne und war nahe daran, in Thränen auszubrechen. In einer Bewegung der Selbstvergeßlichkeit reichte sie ihm beide Hände. Es sei wahr, wiederholte sie: sie bete Mouret an wegen seiner Jugend, wegen seiner Triumphe; niemals habe ein Mann so vollständig von ihr Besitz genommen; bei dem Gedanken, ihn zu verlieren, glaubt sie ihre Todtenglocke zu hören. Und sie fragte sich, wie sie diese unendliche Liebe ersetzen sollte.

— Ach, ich werde mich rächen, ich werde mich rächen, wenn er sich überliefert.

Bouthemont hielt noch immer ihre Hände in den seinen. Sie war noch immer schön. Allein, sie müßte für ihn eine genannt Maitresse, dachte er sich; er liebte dieses Geiz nicht. Indessen wollte er die Sache sich überlegen, es lohnt sich vielleicht die Verdrüsslichkeiten eines solchen Verhältnisses mit in den Kauf zu nehmen.

— Warum etabliren Sie sich nicht? fragte sie ihn plötzlich, indem sie sich losmachte.

Er saß erstaunt da. Dann nach einer Weile erwiderte er:

— Dazu bedarf es beträchtlicher Kapitalien. Im vorigen Jahre hatte ich allerdings den Plan. Ich bin überzeugt, daß sich in Paris noch immer eine Kundenschaft für ein oder zwei große Magazine findet. Es handelt sich nur darum, das Stadtviertel zu wählen. Der bon marché hat das linke Seinenfer, der Louvre den Mittelpunkt der Stadt, der im „Glück der Damen“ haben die reichen westlichen Stadtviertel. Es bleibt noch der Norden, wo man dem Magazin auf der Place Clichy Konkurrenz machen könnte und ich habe einen prachtvollen Posten hinter der Oper entdeckt. . . .

— Nun denn?

Er lachte laut auf.

— Denken Sie sich, sagte er, daß ich so dumm war, die Sache meinem Vater zu erwähnen. Ja, ich war naiv genug, ihn zu überreden, daß er für eine solche Unternehmung in Toulouse Aktionäre suchen möge.

(Fortsetzung folgt.)

rechtskräftig erkannten Strafen nicht mehr vollstreckt werden sollen, wir sind im Gegentheil der Ansicht, daß es ein Widerspruch ist, Strafen auf Grund eines Gesetzes vollziehen zu lassen, das man aufgehoben hat, weil man den strafbaren Charakter der in ihm enthaltenen und geregelten Handlungen nicht mehr anerkennt!

Man hat bei der Erörterung dieser Frage auch auf den zweiten Absatz des § 2 Bezug genommen, welcher lautet: „Bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburtheilung ist das mildeste Gesetz anzuwenden.“

Diese Bestimmung kommt aber hierbei gar nicht in Betracht, weil der Gesetzgeber unter dieser Vorschrift nur solche Fälle eines Gesetzeswechsels hat subsumieren wollen, in denen zwar das Maß der Bestrafung eine Aenderung erfahren hat, diese selbst aber nach wie vor festgehalten worden ist. Aus den voranstehenden Bemerkungen wird aber ersichtlich geworden sein, daß es sich hier um etwas wesentlich Verschiedenes handelt.

**Der Roman Bellamy's „Looking Backward“** — ein Rückblick aus dem Jahre 2000 — hat in Amerika bekanntlich einen wunderbaren Erfolg gehabt und in weiten Bevölkerungsklassen eine wahre Revolution der Geister erregt. Bis Mitte Mai waren von diesem sozialistischen Zukunftsroman 332 000 Exemplare verkauft. Die Zahl der Anhänger des „Nationalismus“, wie man, um das böse Wort „Sozialismus“ zu vermeiden, die neue und allerdings geniale Darstellung alter, wenn auch junger und jugendkräftiger Lehren, genannt hat, beläuft sich auf mindestens eine halbe Million erklärter Anhänger unter den Anglo-Amerikanern, — denn die Deutschen Amerika's haben es natürlich nicht nötig, den Sozialismus sich erst durch einen Yankee-Advokaten vermitteln zu lassen — und obendrein in verwässelter Gestalt. Die „Nationalisten“ haben aber auch schon praktische Versuche zur Verwirklichung ihres Systems gemacht, und in verschiedenen Staaten von Amerika „Kolonien“ angelegt, in welchen möglichst genau nach dem Bellamy'schen Rezept gelebt wird, oder werden soll. Die eine der Kolonien — die Nehalem-Colony im Staate Oregon — umfaßt 4000 Acker Land, die für 3000 Dollars angekauft wurden und jetzt — nach die für 3000 Dollars angekauft wurden und jetzt — nach einjähriger Arbeit — schon einen Werth von 150 000 Dollars darstellen sollen; in derselben leben 24 Männer und sechs Frauen mit zusammen 35 Kindern.

Seit den Zeiten Owen's und Cabet's sind in Amerika viele solcher Versuche gemacht worden, und sie sind sämtlich mißlungen, weil eine tiefgreifende Veränderung der Wirtschaftsweise sich nicht im Kleinen durchführen läßt, und weil die bürgerliche Welt, sobald sie sich der Wüste neuen bemächtigt, in denen die Kolonien angelegt zu werden pflegen, die „Kolonien“ rasch aufsaugt oder „annektirt“. — Und genau das nämliche Schicksal werden die Bellamy'schen Kolonien erleiden.

**Der Bundesrath** hielt am 7. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher, eine Plenarsitzung ab. In derselben wurde dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushalts-Gesetz für das Etatsjahr 1890/91, und dem am 31. Mai d. J. zu Bern mit der Schweiz vereinbarten Niederlassungsvertrag die Zustimmung erteilt. Die Versammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß auf Grund der aus der dritten Berner Konferenz hervorgegangenen Entwürfe im Namen des Reiches ein Vertrag über den internationalen Eisenbahnschutzvertrag mit den übrigen auf der Konferenz vertretenen gewesenen Regierungen vorbehaltlich der Ratifikation abgeschlossen werde. Die Eingabe des Empfangsausschusses für das gebaute Deutsche Bundesgeseis zu Berlin überwiegt der Bundesrath dem Herrn Reichskanzler mit dem Ersuchen, befristet jollfreie Abfertigung von Passen und Duntion der Teilnehmer an dem Schießen mit den behelligsten Landesregierungen in Vernehmen zu treten. Endlich wurde über die Wiederbesetzung erledigter Stellen bei Disziplinarlammen Beschluß gefaßt.

**Das Abgeordnetenhause** berieth am Sonnabend in dritter Lesung die Sperrgesetzentwürfe. Die Redner des Zentrum's erklärten, für die Vorlage in der gegenwärtigen Form nicht stimmen zu können. Im Anschluß hieran gaben die Redner der konservativen und nationalliberalen Parteien die Erklärung ab, daß sie zumehr auch ihre Fraktionen die Vorlage ablehnen würden. Lemensprechend wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Freisinnigen und des wilkonalativen Abg. v. Meyer (Arnswalde), der gleichfalls seine entscheidende Mißbilligung über die von den Kartellparteien beobachtete Taktik aussprach, abgelehnt. In der Diskussion wurde nochmals die Stellungnahme des Papstes und der Bischöfe zur Vorlage erörtert. Abg. Dr. Bindhorst stellte die Bischöfe in Abrede, daß die Kurie ihr Einverständnis ausgesprochen habe, und deutete an, daß diese Mitteilung lediglich dem auch im Vatikan vorhandenen Spitzelthum seine Entstehung verdanke. Kultusminister von Gopler hielt seine Behauptung, daß der Papst sich zumehmend zur Vorlage geäußert habe, aufrecht und erklärte, auch die Quelle, durch welche diese zumehmende Erklärung übermittelte sei, für eine durchaus laute. Abg. Löcher erklärte übermittelte sei, für eine durchaus laute. Abg. Löcher erklärte übermittelte sei, für eine durchaus laute.

**Das Schweizerische Asylrecht.** Die „Neue Badische Landeszeitung“ bespricht den § 10 des Schweizerischen Bundesgesetzes, betreffend die Auslieferung an das Ausland, so wie er vom Bundesrath entworfen ist. Namentlich weist das Blatt darauf hin, daß man gar nicht erst nach Rußland zu gehen brauche, sondern das Schlimme auch noch viel näher finden könne. Zum Verständnis der Ausführungen sehen wir den betreffenden Paragraphen noch einmal hierher. Er lautet:

Wegen politischer Vergehen und Verbrechen wird die Auslieferung nicht bewilligt. Die Auslieferung wird indessen bewilligt, wenn gleich der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorschützt, sobald die Handlung, um deretwillen die Auslieferung verlangt wird, vorwiegend den Charakter eines gemeinen Verbrechens oder Vergehens hat. Das Bundesgericht entscheidet im einzelnen Falle über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund des Thatsbestandes. Wenn die Auslieferung bewilligt wird, so stellt der Bundesrath dem darum ersuchenden Staate die Bedingung, daß der Auszuliefernde wegen seines politischen Beweggrundes oder Zweckes nicht strenger behandelt werden dürfe. Hierzu bemerkt das genannte badische Blatt: Es hindert schon heute Niemand die Schweiz, Nihilisten und Anarchisten das Gastrecht zu versagen, aber die Auslieferung an eine andere Macht, die Leistung des Schergendienstes — das hätte fürwahr kein Mensch von der Schweiz erwartet, die dadurch den größten Theil der Sympathien einbüßen wird, die sie in Europa genießt. — Ob die Schweizer Staatsmänner sich mit Vorbedacht täuschen wollen? In den Augen der Polizeibehörden ist jeder politische Verbrecher — ein Verbrecher. In den badischen Gefängnissen wird sogar kein Unterschied gemacht zwischen gemeinen Verbrechen und Redaktionen, die irgend einen Flurwächter, so er im amtlichen Dienste war, durch die Presse beleidigten. Im übrigen haben große Beispiele, nicht allein in Rußland, gelehrt, daß die Reaktion jedem politischen Verbrecher auch ein gemeines Verbrechen unterziehen kann. In Trübschler's Aktienhand, er habe Wollfäden gestohlen, Kukul's Freunde sollen Kassen geplündert haben — das Alles nach den badischen Standrechts-

allen. Allein nicht nur Baden stand damals auf der Höhe der Situation. Die Kriegsgerichte des Windischgrätz haben Robert Blum und Messenhauser die gemeinsten Verwergünde untergeschoben und jeder Teilnehmer an der Berliner Revolution war von vornherein ein „Mörder“.

So sieht es in Wirklichkeit mit der neuesten Schweizer Initiative aus, die einfach nichts anderes bedeutet, als die Aufhebung des Schweizer Asylrechts.

**Streiks und Armenpflege.** Die Hamburger „Reform“ schreibt: Senator v. Melle soll die Armenpfleger angewiesen haben, Streikenden keine Unterstützung mehr angedeihen zu lassen und der Polizei Anzeige erstatten, sobald Familien durch die Arbeitslosigkeit ihres Ernährers in Noth gerathen, damit gegen denselben gerichtlich eingeschritten werden kann. — Es soll dies auf Grund des § 861 Nr. 5 des Reichsstrafgesetzbuches geschehen, welcher besagt: „Wer sich zu dem Mithingang dergestalt hingiebt, daß er in einen Zustand geräth, in welchem zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, durch die Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß, wird mit Haft bestraft.“ Die Anwendung dieser Bestimmung auf Streikende, wenn infolge des Streiks deren Familien in Noth gerathen und deshalb um Armenunterstützung einkommen, ist unzulässig; weil zum Thatsstand des § 861 Nr. 5 die bloße Thatsache der Vernachlässigung der Angehörigen nicht ausreicht, sondern es muß die durch Mißthätigkeit herbeigeführte Unfähigkeit der Ernährung der Angehörigen feststellbar sein, was bei einem Streik nicht möglich ist.“ Soweit das genannte Blatt, dessen juristische Schlussfolgerungen wohl richtig sind. Das „Hamburger Echo“ hebt aber mit Recht hervor, daß ein anderer Punkt in dem schlaun Erlaß des Hamburger Senators noch wichtiger wäre: „Selbst die entschiedensten Gegner der Arbeiterbewegung, so sagt es, werden zugeben, daß die Hamburger Arbeiter wissen, welche Ziele sie verfolgen und daß hier Streiks nicht von einer unaufgeklärten Masse durchgeführt werden, sondern von wohlorganisirten Gewerkschaften. Jeder denkende Arbeiter weiß aber nur zu gut, daß durch gewerkschaftliche Kämpfe errungene Vortheile ihm nicht lange bleiben werden, daß solche Kämpfe überhaupt sehr selten für ihn erfolgreich sein werden, wenn er keine politischen Rechte besitzt, wenn in den gesetzgebenden Körperschaften keine Leute sind, welche seine Interessen vertreten. Nun ist aber das wichtigste politische Recht des Arbeiters sein Wahlrecht zum Reichstag (ein Wahlrecht zur „Volks“vertretung in unserer plutokratischen Musterrepublik besitzt er ja nicht) und dieses Wahlrecht würde er verlieren, wenn er Armenunterstützung bekäme. Wir können nicht glauben, daß wirklich Streikende Armenunterstützung in Anspruch genommen haben oder nehmen werden; also erscheint uns die Anweisung des Herrn Senators mindestens sehr überflüssig. Wenn die Noth nicht in die Presse langiert ist, um die streikenden Arbeiter als Almosenempfänger in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, wenn wirklich Armenunterstützung von Streikenden oder deren Familien in Anspruch genommen wurde — was wir, wir wiederholen es, absolut nicht glauben können — so kann man der angeblichen Anweisung auch noch eine andere Seite abgewinnen: man kann sie als ein neues Mittel auffassen, die Streikenden einzuschüchtern, resp. zu bestrafen. Da Strafe wegen Vernachlässigung der Familie, das wäre allerdings das Neueste, was auf dem Gebiete der Bekämpfung von Streikenden gelehrt worden wäre. Die letzten Jahre, seitdem der famose Puttkamer'sche Streikerlaß erschienen ist, haben allerdings so Manches auf diesem Gebiete gezeitigt, was dem einfachen Menschenverstande nicht recht einleuchten will. Speziell hier in Hamburg ist man an sehr Vieles gewöhnt und weiß, welcher Günst sich die Streikenden von Seiten der Behörden zu erfreuen haben; die Ewerführer, die Maler können ein Liedchen davon singen, um neue Beispiele aus den letzten Wochen anzuführen. Daß aber ein Senator eine derartige, erstens höchst überflüssige und zweitens viel böses Blut erzeugende Anweisung an die Armenpfleger erläßt, können wir vorläufig noch nicht glauben.“ — Die Nachricht ist inzwischen bestätigt worden.

**Wegen Hausfriedensbruchs** ist gegen den bekannten Dr. Hädt in Heidelberg die Untersuchung eingeleitet worden. Der Hausfriedensbruch soll darin bestehen, daß der Dr. Hädt in Vörrach dem Antisemiten Liebermann von Sonnenberg die Suppe gehörig verfallen hat. Liebermann hatte eine Volksversammlung einberufen, in der auch Dr. Hädt erschien, und es durchsetzte, daß der Vorsitz durch Abstimmlung auf einen Gegner des Antisemitismus übertragen wurde. Als sich Liebermann diesem regelrechten und geselligen Vorgange nicht fügen wollte, entstand ein allgemeiner Lärm, insofern dessen der die Versammlung überwachende Amtmann Wed dieselbe auflöste. Liebermann behauptet nun, daß Versammlungslokal gemietet und auf Grund dessen das Recht gehobt zu haben, die Vörracher Bevölkerung gegen die Juden aufzuheben. — Ähnlich wie Liebermann v. Sonnenberg in Vörrach erging es Dr. Bödel in Reichelsheim im Odenwald. Bödel wagte es garrnisch, in der von ihm einberufenen Versammlung das Wort zu ergreifen. Anwesende Mitglieder der Demokratie (Gleichauf-Mannheim) und Sozialdemokratie (Häusler und Müller-Darmstadt) ergreifen die Gelegenheit, um die Versammlung über das Verächtliche der Antisemitenbewegung aufzuklären. Sämtliche Redner fanden lebhaften Beifall. Nicht weniger als sieben Gedärmen waren zum Schutze der Antisemiten erschienen. Der Schatz der Antisemiten machte es wahrscheinlich auch nötig, Gleichauf und Häusler zu verhaften. Doch die hochwohlwollende Polizei mochte doch ahnen, einen Mißgriff begangen zu haben, denn sie gab nach einer Viertelstunde die Verhafteten frei.

**Christliche Wahlvereinsung.** Ein Pfarrer in Seefeldern (Baden) wurde vom Schöffengericht in Ueberlingen bestraft wegen Vergehens gegen § 16 a des Gesetzes vom 19. Februar 1874. Der betreffende Paragraph lautet: „Geistliche, welche aus Anlaß öffentlicher Wahlen ihre kirchliche Autorität anwenden, um auf die Wahlberechtigten in einer bestimmten Parteirichtung einzuwirken, werden an Geld von 60 bis 600 M. bestraft.“ Dem Pfarrer war zur Last gelegt, daß er im Reichstahl seine Reichthümer ermahnt, resp. ihnen befohlen habe, nicht liberal zu wählen. Als einer der Zeugen geantwortet, er wählte nach seinem freien Willen, habe der Pfarrer gedroht, er werde ihn nicht absolviren. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zu 200 M. Geldstrafe.

**Die Bekämpfung der minder wohlhabenden Volksklassen** scheint den Nationalliberalen in Westfalen trotz der Getreideprelle und der Theuerung der Lebensmittel noch nicht hoch genug zu sein. In Herde haben die Stadtverordneten mit 9 gegen 7 Stimmen die Einführung einer städtischen Biersteuer beschlossen und wollen dieselben noch bei der Ausschichtsbehörde begehrt anfragen, ob der Einführung einer Schlachtsteuer etwas im Wege stehe. Die Antwort hätten sich die Herren schon aus dem Gesetz entnehmen können, daß die neue Einführung einer Schlachtsteuer nicht gestattet ist. In der Stadtverordneten Versammlung zu Herde bilden die Beamten des Förder-Vereins und die von diesem abhängigen Leute die Mehrheit.

**Hamburg, 7. Juni.** Die vier reichsten Doppelpfänder standen heut vor Gericht. Drei derselben, wovon einer merkwürdigerweise den Namen Bismark führt, sind zu je fünf Tagen Haft verurtheilt worden.

**Chemnitz, 6. Juni.** Eine für das sächsische Vereinsleben wichtige Entscheidung hat das Oberlandesgericht als Revisionsinstanz gefaßt. Der Vorsitzende des hiesigen Innereins der Metallarbeiter wurde bestraft, weil er es verweigerte, der Polizei ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen. Das Oberlandesgericht entschied nun in der Sache: das sächsische Vereinsgesetz bestimmt zwar nicht ausdrücklich, daß der Polizeibehörde das Mitgliederverzeichnis solcher Vereine eingereicht werden soll, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, doch das Gesetz verpflichtet den Vorstand eines solchen Vereins, der Ortspolizeibehörde alle auf den Verein bezüglichen Auskünfte auf Verlangen zu erteilen. Unter dem Begriff einer solchen Auskunft

fällt auch die Nachforschung nach den Personen der Mitglieder derartige Vereine. Bisher war man auch in juristischen Kreisen vielfach der Ansicht, daß die Ortspolizeibehörde nicht berechtigt sei, derartige Mitgliederverzeichnisse zu fordern.

**Aus dem Saarrevier, 5. Juni.** Wie die Unternehmer unseres Bezirks mit wenigen Ausnahmen fast alle die Selbstständigkeit des Arbeiters zu unterdrücken suchen, illustriert nichts besser als die Bekanntmachung des allmächtigen Generaldirektors der Burbacher Hütte. Die Vorbeeren des Herrn v. Stamm rauben ihm den Schlaf, und so hat er, der kleine Stamm in der Westentasche, einen Ulaß erlassen, wonach jeder Arbeiter, der sich dem Rechtshilfevereine anschließt, seine Entlassung erhalten soll; denn er hat die Verpflichtung, sich unter den Fittigen des Herrn Direktors so wohl zu fühlen, als dieser es gestatten will; ein Wohlsein darüber hinaus ist von Uebel.

**Öffentliche Einladung.** Die am 7. Juni im Wobusischen Saale zu Cottbus in öffentlicher sozialdemokratischer Volksversammlung gewählte unterzeichnete Kommission, welche beauftragt ist, am 22. Juni d. J. in Cottbus einen sozialdemokratischen Parteitag für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. einzuberufen, fordert die Parteigenossen hiermit auf, sich an demselben recht zahlreich zu betheiligen. Bedingung für die Theilnahme ist, daß dieselben das sozialdemokratische Programm anerkennen.

Die Tagesordnung lautet: 1. Die politische Bewegung. 2. Die Gewerkschaftsbewegung. 3. Die Arbeiterpresse im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. — Spezielle Anträge der Parteitagsbesucher.

Die Verhandlungen finden im Konzerthaus Wobusa, Hofstraße Nr. 23, Vormittags 11—2 Uhr, und von 3 Uhr bis später statt. Erkennungszeichen auf dem Bahnhof: weißes Taschentuch in der linken Hand. Anfragen sind zu richten an Rud. Schlemenz, Sandow 187. Cottbus, den 8. Juni 1890. Die Kommission zur Einberufung des sozialdemokratischen Parteitages im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Rud. Schlemenz, Hermann Martin, Carl Lewandowsky, Gottl. Köbel, Paul Kunert, Wilhelm Nefson, Gustav Dotterwies, Arno Rummel, Max Baganz.

**Österreich-Ungarn.** Prag, 3. Juni. Der Arbeiteragitator Franz Jacl wurde heute wegen Verbreitung verbotener Druckschriften verhaftet und dem Strafgerichte übergeben.

**Frankreich.** Im Pariser Gemeinderath zählte der neugewählte Präsident desselben, Emile Richard (Autonomist), die Arbeiten auf, welche der neuen Versammlung obliegen werden: Reform des Armenwesens, Vervollständigung der Primar- und Mittelschulen, Ausbildung der Gewerkschaften, städtische Bauten bezugs Erweiterung alter Volkswiertel und Herstellung gesunder Wohnungen u. s. w. Um das alles ans Ziel führen zu können, müsse der Gemeinderath in seiner Verwaltung ungebunden, ganz und gar selbstständig sein, und sich der Freiheiten erfreuen, welche bisher zum Schaden von Paris seinen Vertretern allzu kurz bemessen waren.

**Belgien.** Nachdem bereits der Kongreß der Bergarbeiter und Mutualisten in Belgien stattgefunden hatte, tagte am 1. d. M. der Kongreß der Hüttenarbeiter in Mecheln. Diese Vereinigung hielt ihren 5. Kongreß ab; 22 Delegirte hatten sich eingefunden, welche die Hüttenarbeiter-Gesellschaften der hervorragenden Städte Belgiens vertraten. Als Repräsentant des Exekutiv-Komitees figurirte der Bürger Pierron. Nach Prüfung der Mandate schritt man zur Bildung des Ausschusses der Versammlung. Der Präsident verlas die Tagesordnung und der Sekretär und Kassirer erstatteten ihre Berichte. Paragraph 2 der Tagesordnung, welcher besagt, daß jede verheißene Vereinigung, welche aus dem Arbeiterverbande austritt, den Fonds ihrer Streikasse bis zu dem Augenblicke des erfolgten Austrittes auszahlen müsse, wurde einstimmig angenommen. Viel diskutiert wurde über § 8 der Tagesordnung, der die Frage aufwirft, ob solche Handwerker-Vereine in den Schoß der belgischen Arbeiterpartei aufgenommen werden müssen, die einer Vereinigung ihrer eigenen Gewerbe-Gesellschaft nicht angehören. Man einigte sich auf den Vorschlag des Bürger Pierron, der dahin lautete: „Die vereinigte nationale Hüttenarbeiter-Versammlung legt dem Generatrat der Arbeiterpartei den bringenden Wunsch vor, die gekennzeichneten Handwerkervereine auszusuchen, und auf die Tagesordnung des nächsten nationalen Kongresses der Arbeiterpartei den Beschluß zu setzen, daß alle mit der Arbeiterpartei verschworenen Vereine gleichzeitig einer Vereinigung ihrer Gewerbe-Gesellschaft angehören müssen.“ Eine lange Besprechung erforderte auch die Frage der Bildung von Vereinen. Die Delegirten bestimmten, daß Meetings in denjenigen Centren der Hüttenarbeiter-Bevölkerung abgehalten werden müßten, wo Vereine noch nicht existirten, und ein monatlicher Beitrag pro Mitglied vorwegzunehmen sei, um eine Kasse zu gründen, bestimmt, die Kosten der Meetings zu tragen. Wegen Regelung der Lohnzahlung beschloß man, eine Petition an das Parlament zu richten, welche die Forderung der gesetzlichen Regelung einer 14-tägigen Löhnung in baarem Gelde enthalten sollte. Zum Schluß kam man überein, daß die verbündeten Vereine für ihre Verbrüderung mit der Arbeiterpartei halbjährlich pro Mitglied dem Exekutiv-Komitee 5 Cts. zu zahlen hätten, auch wurde vom Kongreß der monatliche Beitrag eines jeden Mitgliedes von 25 Cts. für die Vereins-Streitkasse ausrecht erhalten. Der nächste Kongreß soll zu Charleroi tagen. In Mons, sowie in allen Berggewerkschaften Belgiens finden zu Gunsten der Kandidatur Deuffieux Versammlungen statt; solche werden auch noch in den nächsten Wochen tagen. Die sozialistische Propaganda für das allgemeine Stimmrecht hat in dem Freile Deuffieux große Erfolge erzielt, 12 000 Stimmen sind bereits für das Volksthum abgegeben worden. Die Kosten dieser Wahlpropaganda werden von den sozialistischen Gesellschaften des Landes gedeckt. In der Provinz Hennegau ist eine Vereinigung der Steinbrecher im Entstehen begriffen; sie wird von der Arbeiterpartei in Brüssel organisiert. Diese Vereinigung soll die Steinbrecher der Gegenden von Soignes, Caufflines, Felon, Arquennes und Quenart umfassen, ebenso diejenigen von Vieumes und Messet der Provinz Namur, sowie die der Provinz Lüttich.

## Arbeiterbewegung.

**In Hamburg** hielt der Zentralverein deutscher Völkcher (Ortsverwaltung Hamburg) am Freitag eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher die Arbeitseinstellung resp. der Stand der Aussperrung der 180 Kämpfer bei 6 verschiedenen Arbeitgebern zur Sprache gebracht wurde. Es wurde, wie wir dem „Hamb. Corr.“ entnehmen, bemerkt, daß es sich um die Einführung des Minimallohnens von 27 M. bei einer zehntägigen Arbeitszeit handele, was bei sämtlichen Körpermeistern und Inhabern von Körperbetrieben schon seit geraumer Zeit anerkannt worden sei. Die Diskussion schloß sich hauptsächlich auf die Frage zu, ob man die kleinen partiellen Streiks aufrecht erhalten und zum Siege führen könne. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach die Arbeitseinstellung fortbestehen und das von den Unternehmern in Vorschlag gebrachte Arbeitsnachweisungsbureau in der Form, wie die Prinzipale es wünschen, nicht anerkannt werden soll.

**Wien, 9. Juni.** Da die Meister die wichtigste Lohnordnung der Schneidergehilfen zurückgewiesen haben, beschloß die Gesellschaft ihre Forderungen neuerlich zu erheben oder in den Ausstand einzutreten.

# Theater.

**Dienstag, den 10. Juni.**  
**Opernhaus.** Die Walküre.  
**Schauspielhaus.** Der Bibliothekar.  
**Deutsches Theater.** Der Unterstaatssekretär.  
**Berliner Theater.** Der Kriegszug.  
**Festung-Theater.** Die Ehre.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater.  
 Der arme Jonathan.  
**Wallner-Theater.** Mamsell Ritouche.  
**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.  
**Offend-Theater.** Rabale und Diebe.  
**Pelleasance-Theater.** Der Nautikus.  
**Kroll's Theater.** Orpheus.  
**Hausmann's Varietés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

# Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27 c.  
 Auftreten d. Liedersängerin **Fr. Steinow.**  
 Auftreten des Gesangschoristen **Herrn Jonas.**  
 Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators **Herrn Gödloke.**  
 Auftreten der Geschwister **Horzog.**  
 Auftreten des musikalischen **Regen-König W. de Dolls.**

# Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:  
**Grosses Garten-Concert.**  
 Direktion **A. Ködman.**  
 Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**  
 Wochentags 10 Pfg.  
**Entrée** Sonn- und Festtags 25 Pfg.  
 Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausgang von **Hagenhofer Export-Bier,** Seidel 15 Pfg.  
 Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.  
**F. Müller.**

# Variété-Theater.

**(Hasenheide)**  
**Herrmannstr. 18 - Neue Strasse 18.**  
 Sonntag, den 8. Juni 1890.  
 Im herrlichen Garten:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Im Saale:  
**BALL.**  
 Anfang 4 Uhr. Entrée 20 Pfg.  
 Kinder frei!  
 Zu Privatfestlichkeiten halte mein Etablissement empfohlen.

# Passage 1 Str. 9 Uhr M. 6. 10 Uhr Ab.

**Kaiser-Panorama.**  
 Hervorrag. Sehenswürdig. d. Residenz.  
 In dieser Woche:  
 Zum ersten Male: Vierte Reise durch die Pyrenäen.  
 Neu! Zum ersten Male:  
 Hochinteressant: **Siam.**  
 Eine Reise 20 Pfg., Kind nur 10 Pfg.  
 Abonnement 1 M.

**Meyer's Lexikon,**  
 IV. Aufl., suche zu kaufen. Off. M. Z.  
 postlagernd Postamt 17. 1780

**Nannysstrasse 27 F. Renz' Ball-Salon Nannysstrasse 27**  
 Inh.: **Albert Uebel.**  
 Empfehle zur nächsten Herbst- und Winterzeit meine Salons den geehrten Vereinen und Privat-Gesellschaften zu den kaulantesten Bedingungen. Jeden Montag, Donnerstag und Sonntag: **Oeffentl. Tanz.**  
 Achtungsvoll **Albert Uebel.**

**Allen Genossen, Freunden und Bekannten**  
 zur Nachricht, daß ich das  
**Restaurant Weinstr. 22, früher W. Haugk,**  
 übernommen habe und hoffe ich, das Vertrauen Aller ferner zu genießen. Für gute Speisen und Getränke ist auf das Gewissenhafteste gesorgt.  
 Ein Zimmer für Vorstandssitzungen ist noch für einige Tage vakant.  
 Achtungsvoll **Max Pietsch.**

**Pommersche Hypotheken-Actien-Bank.**  
 Die am 1. Juli cr. fälligen Coupons unserer Hypothekenbriefe und Schuldscheine gelangen **berzits vom 14. Juni cr.** ab an unserer **Kasse in Berlin, Lützenstr. 21,** und den anderen bekannten Zahlstellen zur Auszahlung.  
**Pommersche Hypotheken-Actien-Bank.**  
 1791 **F. Romelok.** **Schnitz.**

**H. Guttman,** empfiehlt Vereinsstempel, Antrittsstempel, Medaillonstempel mit Lafalle, Uebel, Liebknecht u. a. m. zu ermäß. Preis. Monogramm-Schablonen, Thürschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort

**Achtung! Achtung!**  
 Die am 23. Mai cr. in **Habel's Brauerei,** Bergmannstraße 5/7, abgehaltene öffentliche Arbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung:  
 „Berichterstattung über die Differenzen zwischen den Setzern und dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ nahm nach Anhörung derselben folgende Resolution an, welche wir hiermit nochmals in Erinnerung bringen:  
 „Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung über das Verhalten des Herrn Scherl zu seinen Sehern aus und verpflichtet sich, so lange der Ausstand dauert, sich möglichst des Inserirens im „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu enthalten.“  
 Gleichzeitig bitten wir darum, daß die Geschäfte, welche im „Berliner Lokal-Anzeiger“ inseriren, thunlichst zu meiden sind.  
 Die aussethenden Setzer.  
 1798

Unserm Freunde und Genossen **Albert Ries** 1787 zum heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche. Ob das aus Weipensee kommt.

Unserm Genossen, dem hübschen **Albert, gen. Rieß,** zu seinem heutigen Namenstage ein donnerndes Hoch! **Albert,** braucht nicht zu merken. Die Genossen des sog. Umsturz aus Weipensee.

Unserm Proppenbruder **Karl Mahlow** 1790 zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch.  
**Proppenverein Wedding.**

Unserm Kegelbruder 1786 **H. Hartmann** zu seinem heutigen Wiegen feste die besten Glückwünsche. Die Kegelbrüder.

Unserm Freund, dem Böglermeister **Wilhelm Semmler** zum heutigen Geburtstag ein dreifaches Hoch, daß die ganze Werkstelle wackelt und die Besten alle Polka tanzen. Die durstigen Brüder in der Kopponstr.

**Danksagung.**  
 Für die vielen, so überaus reichen Beweise liebevollster Theilnahme, die uns bei der Bestattung unseres innig geliebten Mannes und Vaters

**Alexander Franz** zu Theil geworden sind, besonders dem Herrn Pastor Krüger und dem Gesangsverein „Frisch auf“, sowie allen lieben Freunden und Bekannten des Dahingegangenen sprechen wir unsern innigsten Dank aus. 1778  
**Augusto Franz, geb. Oswald und Tochter.**

**Achtung Berlinmutterarbeiter!**  
 Die Kollegen der Firma **Erlmann in Bergedorf b. Hamburg** liegen im Streik. Es sind nun von der Firma **Grassnick** hier selbst, **Wasserthorstrasse, Metallschloß-Fabrik,** Versuche gemacht worden, Erfah für dort zu schaffen. 1788

**Große öffentl. Versammlung sämtlicher Knopfarbeiter Berlins**  
 am Dienstag, 10. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Bolzmann, Andreasstr. 26.**  
 Tagesordnung:  
 1. Die Bedeutung des Achtstundentages. Referent: **Stadtorord. Fr. H. Zubeil.**  
 2. Wie stellen sich die Knopfarbeiter Berlins zur Wahl von zwei Vertretern zur Streik-Kontroll-Kommission?  
 3. Verschiedenes. 1796  
 Das Erscheinen aller Knopfarbeiter, der wichtigen Tagesordnung wegen, erwünscht. Der Einberufer: **Fr. H. Meh**

**Drehtantenkasse der Drehsler.**  
 Die Stelle eines zweiten **Bureau-beamten** ist zum 1. Juli cr. mit 90 M. monatlich zu besetzen. Gewünscht Bewerber, welche schon im Kassendienst beschäftigt waren; Mitglieder bevorzugt. Selbstgeschriebene Bewerbungen sind bis 16. d. M. an den Vorsitzenden **H. Feininger, Waldemarstr. 31,** einzufenden. 1808

**Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Oeffentliche Versammlung**  
 am Dienstag, den 10. Juni cr., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Seefeld, Grenadierstrasse 33.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag: „Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und die Parteien“. Ref.: **Herr H. H. Auerbach.**  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 1794  
 Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

**Fachverein der Lederarbeiter.**  
**Dienstag, den 10. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr, Oranienstrasse 180:**  
**Vereins-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1781  
 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 2. Vereinsangelegenheiten: Statistische Fragebogen; Wahl der Mitglieder zur Lohnkommission; Verschiedenes; Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.  
**Donnerstag, den 12. Juni, Oranienstr. 180: Vertrauensmänner-Versammlung.** **Mittwoch, den 18. Juni, in Renz' Salon, Raunynstr. 27: Oeffentl. Versamml.** Ref.: **Herr Reichstags-Abg. C. Ulrich a. Offenbach.**

**Grosse öffentliche Versammlung der Klempner Berlins und Umgegend**  
 am Mittwoch, den 11. Juni cr., Abends 8 Uhr, in „**Feuerstein's Salon**“, Alte Jakobstraße Nr. 75.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Delegirten vom Kongress zu Weimar. 2. Die Aufsperrung der Schloffer Hamburgs. 3. Stellungnahme zur Zentral-Streit-Kontrollkommission, event. Wahl der Delegirten. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.  
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist es notwendig, Mann für Mann zu erscheinen. [1795] **Der Einberufer.**

**Oeffentliche Steinmeh-Versammlung**  
 am Donnerstag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr, in der **Ahrens'schen Brauerei, Moabit.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn **Pöns** über: Pflicht und Recht der öffentlichen Bethätigung. 2. Wie stellen sich die Berliner Steinmeh zur Wahl der Zentral-Streit-Kontrollkommission event. Wahl derselben. 3. Verschiedenes. 1799  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

**Große öffentliche Versammlung der Rohrleger, Helfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend**  
 am Mittwoch, den 11. Juni 1890, Abends 8 Uhr, in **Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten **W. Mehger.** 1798  
 2. Bericht vom Weimarer Kongress.  
 3. Wie stellen wir uns zur Streit-Kontrollkommission.  
 4. Verschiedenes. **Die Agitations-Kommission.**

**Große öffentliche Versammlung der Mechaniker u. verw. Berufsigen. Berl. u. Umgegend**  
 am Mittwoch, den 11. Juni, Abends 8 Uhr, in **May's Festsaal, (früher Seydritz), Beuthstr. 22, 1 Str.**  
 Tagesordnung:  
 1. Endgiltige Berichterstattung des Streikauschusses.  
 2. Diskussion und Beschlussfassung. 3. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.**  
 Der Einberufer: **M. Schönemann, Rottbuscher Damm 19.**

**Fachverein der Tischler (Berlin Nord).**  
**Mittwoch, den 11. Juni, Abends 8 Uhr, in Lehmann's Salon, Schwedterstr. 24:**  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 1792  
 2. Diskussion.  
 3. Berichts-Verhältnisse. (Die Kollegen der Werkstat von Reibsch, Zehdenickerstr. 6 und die Kollegen, welche Gartenstr. 81 bei Schmidt arbeiten, sind hiermit eingeladen.)  
 4. Verschiedenes. **Der Bevollmächtigte.**

**Verein d. Klempner Berlins u. Umgeg.**  
 Sonnabend, den 14. Juni 1890,  
**Grosses Sommer-Fest**  
 in der „**Neuen Welt**“, Hasenheide.  
 Konzert und Auftreten sämtlicher Spezialitäten.  
 Billets à 25 Pfg. sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: **A. Bischof, Königsstr. 43; Schwengler, Mülackstr. 11; Giesow, Rossenerstr. 35; Grabowsky, Seidelstr. 18; Schiesser, Rohlansstr. 11; Fröhner, Spandauerstraße 42; Klobe, Landsberger Allee 186; Brodel, Reinholdenstraße 18; Selchow, Schleiermacherstr. 10. Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet. Nach dem Konzert **Tanzkränzchen.** Nachzahlung 50 Pfg. für Herren. Der Ueberschuss wird verwandt zur Gründung eines Unterstützungsfonds f. hilfsbedürftige Mitglieder und bitten Freunde und Genossen, uns in diesen Unternehmen zu unterstützen.  
 NB. In der Zigarren-Handlung gegenüber der „**Neuen Welt**“ sind ebenfalls Billets zu haben. [1800] **Das Komitee.****

Freunden und Bekannten, sowie meiner werthen Nachbarschaft empfehle bei Bedarf meine  
**Cigarren-Geschäfte.**  
 Fig. Fabrikate. Verk. z. Engros-Preisen. Köpenickstraße 24, Universitätsstraße 3 B.  
**E. Storde,**

**Leppiche mit Webegehern**  
 jed. Art u. Größe, Portieren, Gardinen, Tischdecken, Läuferstoffe, Steppdecken unterm Kostenpreis. Einzel-Verkauf Leppichweber **Zimmerstr. 86, Hof part.** 853  
 Ein altes, 18 Jahre in einer Hand bestehendes **Recht- und Vorloft-Geschäft** mit gutem Bierverkauf und Kasse, sofort zu verkaufen. **Stolle, Lindenstr. 20.**  
**Tischlerei** für jede vorkommende Arbeit, für Modell, Bau und Möbel, Glaserei, Einrahm. aller Arten Bilder, Schleifen u. a. m. Demminersstraße 4, **W. Abraham, Querg. pt.**

**Steyppdecken-Fabrik**  
**Emil Lefèvre,** 1704  
 Berlin, Oranienstr. 159.  
 Größte Auswahl! **Woll- u. Lina-Steppdecken** mit Handarbeit!  
 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux, 7,50 Mark. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mtr.  
**Illustrirte Preisliste gr. u. fr.**

**Allen Hausfrauen**  
 unserer Nachbarschaft: Kenntnißnahme, daß unser **Kolonialwaaren-Geschäft** Sonn- und Feiertags von 2 Uhr ab geschlossen ist.  
**Gebr. Keilpflag, Hochstr. 11, Ecke Weinstr.**

**Polstermöbel,**  
 einfach und elegant, hält vorräthig und liefert nach Bestellung solid und billig  
**C. Wildberger,**  
 Tapezirer und Decorateur, 1792  
 60, Kommandanten-Straße 60.  
 Auspolstern von Sophas und Matratzen wird prompt und billigt besorgt.

**Jede Uhr**  
 zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gütgehens **1,50 Mark.**  
 Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen.  
**Gust. Blent, Rosenthalerstr. 10, (a. d. Auguststr.)**

**Schneider-**  
 Bedarfsartikel empfiehlt billigt (Muster gratis und franco)  
**Rud. Pieper, (g. d. Putzammerstr.)**  
 Sonntag von 10 Uhr ab geschlossen.

**Echten Nordhäuser Korn**  
 à Fl. excl. 75 Pfg.  
 Berl. Getreide-Kümmel 90 Pfg. beste Magenmedicin  
**Jugberliqueur,** 90 Pfg.  
**Himbeerjast,** die eingelocht a. Alter erstl. 1,25 M.  
**Cognac** zu Partien empfehlenswerth a. Fl. v. 1 M. an.  
 empfiehlt die **Groß-De stillation von Lettau & Keil, Sophienstr. Nr. 12,**  
 an der Rosenthalerstraße.  
 Geschäftsschluss Abends 8 Uhr.  
 Sonntag 1 Uhr!

**Rohrtafel A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl.**  
**Garantirt sicher brennende Tabake.**  
 Streng reelle Bedienung, billigte Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohrtafel sind am 1853 Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt.**

Empfehle mein Geschäft in frischen **Blumen und Kränzen.** 1212  
**Robert Meyer,**  
 Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.

**Bruchbänder**  
 u. f. v. dauerhaft gearbeitet, sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege** empfiehlt  
**J. Ch. Pollmann,**  
 30 Linienstraße 30.  
 Lieferant f. sämtl. Krankenkassen.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren-**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
 Brunnenstraße 23, Hof parterre.  
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Lafalle, Mary, Uebel, Liebknecht, Singer-Köpfe, als Fig.-Spize, echt **Meersch,** à 1,50 M. und besser. Wiederverkäufer Prozente. 1803  
**B. Günzel, Brunnenstr. 157.**  
 G. Tischlergefelle auf gute Rückenmöbel verl. **Kübler, Segelstr. 30.** [1779]  
 Ein tüchtiger **Tischlermeister,**  
 der auch mit Holzbearbeitungsmaschinen umzugehen weiß, wird zu engagiren gesucht.  
 Offerten mit Gehaltsansprüchen unter **J. M. 3366 an Rudolf Mosse, Berlin SW.,** erbeten.

# 1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 131.

Dienstag, den 10. Juni 1890.

7. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 9. Juni, 1 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Doellinger, v. Malchahn, v. Dellmüller, v. Marschall, Graf Lerchensfeld und Kommissarien.

In das Haus eingetreten sind die Abgg. Dr. Garmening, von Schalka und v. Stauffenberg, der letztere ist jedoch für die heutige Sitzung entschuldigt. Dem Abg. Dr. Barth, der im Hause anwesend ist, wird ein nachgesuchter Urlaub für drei Wochen bewilligt.

Im Vorlagen sind eingegangen eine Sammlung von Mitteilungen, Ostafrika betreffend, der Nachtragsetat, der die Erhöhung der Beamtengehälter enthält und den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz, dessen Einbringung den Abg. Baumbach seine Intervention zurückziehen veranlasst.

Darauf geht das Haus zur zweiten Berathung des Nachtragsetats für 1890/91 über. Die Kommission beantragt, denselben in allen seinen Theilen unverändert zu genehmigen.

Zur Instandsetzung des Dienstgebäudes des Reichstags und der Inventarstücke in dessen Wohnung werden 40 000 M. gefordert.

Berichterstatter Graf Zehr bemerkt, daß in der Kommission genaue Mitteilungen darüber gemacht seien, wie sich im Einzelnen diese Summen zusammensetzen. Es seien im Ministerium, im Reichsamt für die Angelegenheiten der Ostafrikanischen Gesellschaft, sowie eine Erneuerung der Mobilitäten notwendig. Seit 1878 sei nichts für die Herstellung des Palais geschehen. Die Kommission habe die Forderung als notwendig anerkannt.

Die Position wird bewilligt.

Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika fordert der Nachtragsetat 4 1/2 Millionen Mark.

Berichterstatter Graf Zehr: In der Kommission ist prinzipiell über diese neue Verbilligung nicht gesprochen worden. Man nahm an, daß diese Frage im Plenum erledigt wird. In der Kommission wurden Nachweisungen darüber vorgelegt, wie sich die geforderte Summe im Einzelnen vertheilt, und daß diese in der geforderten Höhe auch notwendig ist. Daß sie wesentlich höher ist als im vorigen Jahre, hat darin seinen Grund, daß die Zahl der Schutztruppe von 1100 auf 1700 erhöht und infolge dessen auch das Personal der Offiziere und Unteroffiziere vermehrt worden ist. In der Kommission wurden von Seiten der Regierung auf verschiedene Anfragen Erklärungen abgegeben, wie die Verhältnisse zwischen dem Reichskommissar Wismann, dem Generalkonsul und dem Flottenbefehlshaber geregelt sind und wie die oberste Führung eingerichtet ist.

Es wurde ferner mitgeteilt, daß mit der Ostafrikanischen Gesellschaft Verhandlungen über die künftige Gestaltung der ostafrikanischen Kolonie eingeleitet seien, und daß auch mit England Verhandlungen über die Abgrenzung der Interessensphären schweben. Weitere Aufträge sei nunmehr, mit den Eingeborenen freundschaftliche Verhältnisse anzuknüpfen, Stationen im Innern anzulegen und die Entwicklung der Kolonie zu fördern. Der Berichterstatter berührt ferner die Frage, ob die Ostafrikanische Gesellschaft in Zukunft die von dem Reiche angewendeten Kosten ertragen solle. Die Regierung habe in Aussicht gestellt, daß in der nächsten Session eine Vorlage über die zukünftige Regelung zwischen der Ostafrikanischen Gesellschaft und dem Reiche vorgelegt werden könnte. Die Kommission sei nach allem zu dem Beschlusse gekommen, die Annahme der Vorlage dem Hause zu empfehlen.

Abg. Goldschmidt (Df.): Gestatten Sie mir eine kurze Erklärung. Ich bin kein Gegner der bisherigen Kolonialpolitik und habe ja im Gegensatz zum größten Theil meiner politischen Freunde für die früheren Forderungen getimmt. Ich habe auch der gegenwärtigen Vorlage anfangs nicht unfreundlich gegenüberstanden, aber die Verhandlungen in der ersten Berathung, vor allem die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben deutlich erkennen lassen, daß die Grenzen, welche in den früheren Vorlagen gezogen waren, weit überschritten sind, und daß wir ohne ein bestimmtes sicheres Ziel vor Augen in Unternehmungen hinarbeiten, deren Kosten und Ende wir nicht absehen können. In den Vorlagen von 1888 und 1889 handelte es sich lediglich darum, deutsche Bürger, die ein Recht auf den Schutz des Reiches haben, und ihr Eigenthum vor Gewaltthatigkeiten zu schützen und im Verein mit anderen Nationen an jenen Küstenraum die Sklavenausfuhr zu beschränken und damit den furchtbaren Menschenhandel nach Möglichkeit zu verhindern. Damals gab man sich der Hoffnung hin, daß die verhältnismäßig kleinen Summen genügen würden, Ruhe und Ordnung im Bereiche der Ostafrikanischen Gesellschaft wieder herzustellen, heute muß der Herr Reichskanzler uns damit warnen, daß wir vielleicht dahin kommen werden, daß das Reich sein Geld mehr zu leisten haben wird und die jetzigen Kolonien Verneinungen abwerfen werden, während Herr v. Kardorff allerdings etwas zuversichtlicher sich äußert. Nur wäre es sehr wünschenswert, wenn auch die Ostafrikanische Gesellschaft die Verantwortung auf Verneinungen theilte und wenn demgemäß die Finanzgrößen, die an der Spitze des Unternehmens stehen, aus eigener Tasche so viel beitragen würden, daß die Kolonie auf demselben Fuß entwickeln kann. Aber die Aussicht auf Verneinungen ist doch sehr unbestimmt, und solche unklare Aussichten dürfen das Reich nicht leiten; klangen doch die Worte des Reichskanzlers. Wir geben die Hoffnung nicht auf, sehr resignirt. Das deutsche Kapital hält sich dem ostafrikanischen Unternehmen gegenüber sehr zurück, und auch die Engländer haben für Ostafrika keine sehr offene Hand; dafür gibt das beste Zeugnis die eifrige Agitation Stanley's für Ostafrika. Ich kann aber die Verurteilung nicht unterdrücken, und diese Befürchtung ist durch Gerüchte, die auch schon in den letzten Ausdrücken fanden, noch verstärkt worden, daß über kurz oder lang die Regierung von uns die Zustimmung zur Uebernahme des Besitzes der Ostafrikanischen Gesellschaft auf das Reich als eine Art Skonkolonie verlangen wird, und ich will es vermeiden, daß der Reichstag dann in die Zwangslage verkehrt wird, zustimmen zu müssen. Ich glaube auch, bei dem gegenwärtigen Stande des Reiches wird dessen Ehre kein Abbruch geschehen, wenn die Regierung zu ihrer ursprünglichen Absicht zurückkehrt und sich in Ostafrika auf den Schutz der Deutschen und des deutschen Eigenthums beschränkt. Ich bin ein aufrichtiger Freund kolonialer Bestrebungen, wenn solche aus dem eigenen Interesse der Bevölkerung hervorgehen und der Initiative muthiger Kaufleute entspringen, aber ich kann nicht eine Thätigkeit des Reiches zustimmen, die nicht dem Privatmann gewährt. Gerade mit Rücksicht auf die sonstigen großen, an uns heranretenden Forderungen, die hier geforderten 4 1/2 Millionen nicht geringfügig erscheinen. Wer für die heutige Vorlage eintritt, der nimmt die Verantwortung auch für die zukünftige Gestaltung der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika auf sich. Bei aller Anerkennung für den Major Wismann und seine Offiziere, bei aller Bewunderung für den fähigen Gelehrten, der große Strecken des dunklen Welt-

theils der Kultur erschließt, ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, die heutige Vorlage ablehnen zu müssen. (Beifall links.)

Abg. Dohrn: Die Ausrückung des Reichskanzlers, daß es nicht möglich wäre, hier in Deutschland eine Gesellschaft nach englischem Vorbilde wirken zu lassen, weil der Deutsche nun einmal die Eigenthümlichkeit habe, lieber sein Geld in den zweifelhaftesten Papieren ausländischer Staaten, als in Deutschland anzulegen, ist doch nur in beschränktem Umfange zutreffend. Wir sehen es ja, daß das Staatskapital gar kein Bedenken getragen hat, in West-Guinea so zu wirtschaften, wie es die Engländer thun. Es fragt sich nur, welches Kapital überhaupt mobil gemacht werden kann. Das kleine Kapital mobil zu machen, wie es Dr. Peters vorschlug, habe ich als verwerflich belächelt. Wir brauchen nur nach Frankreich zu gehen, um mit Frauen zu gewahren, was für Verwüstungen das Panamaprojekt in diesem Augenblicke gerade bei den kleinen Leuten angerichtet hat, wie die kleinen Leute, die von der Rente zu leben gezwungen sind, durch den Krach bei dem Panamaunternehmen ins Unglück gestürzt sind. Der Reichskanzler befindet sich im Widerspruch mit den Anregungen, welche aus dem preussischen Handelsministerium gegeben sind. Es ist mir persönlich erst im vorigen Jahre eine Anregung aus dem Handelsministerium zugegangen, in welcher auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht wird, für dauernde Kapitalanlagen in südamerikanischen Staaten zu sorgen, nicht bloß in Chile, selbst in Paraguay. Bei uns in den Seestädten ist man schon seit Jahrzehnten daran gewöhnt, sein Geld in westafrikanischen Unternehmungen anzulegen. Ich brauche nur an Westafrika zu erinnern. Ostafrika erweist sich einer großen Reihe von hochangesehenen und vornehmen Protektoren, welche aber aus dieser Stellung nicht herausgehen und nicht die Opfer bringen wollen, welche nöthig sind, um dieses Unternehmen richtig durchführen zu können. Wenn Sie nicht selbst das Vertrauen haben, daß Sie Ihre Kapitalien rentabel anlegen können, so ist es unbillig, von anderen Leuten zu verlangen, daß sie mehr Vertrauen zu Ihren Unternehmungen haben als Sie selbst. (Sehr richtig! links.)

Sehr lehrreich ist in dieser Beziehung der neueste Bericht der Ostafrikanischen Gesellschaft für 1889. Die Bilanz ist natürlicher Weise eine recht trübe. Das wird offen zugegeben. Der Staatssekretär von Marschall hat darauf hingewiesen, mit welcher kolossalen Rapidität der Handel in Ostafrika gestiegen wäre. Die Einfuhr sei in einem Jahre von 889 000 auf 2 994 000 M. und in ähnlicher Weise auch die Ausfuhr in der Höhe geschnitten. Dieses in der Höhe geschnitten ist charakteristisch. Es hat eben die Ausfuhr während des Aufstandes des Buschiri gestockt, und das Quantum von Eisenblech, welches an die Küste gekommen ist, ist mit einem Male exportirt worden, anstatt daß sich die Ausfuhr auf zwei Jahre vertheilt. Es ist begreiflich, daß das Eisenblech nicht durch die Karawanen transportirt werden konnte, wenn das Land in hellein Aufbruch war. Wahrscheinlich wird die Aus- und Einfuhr schon in der nächsten Zeit in ein regelmäßiges Fahrwasser kommen. Uebrigens kommt es bei der Ein- und Ausfuhr nicht so sehr auf das gesammte umgekehrte Quantum, als auf den Verdienst an. Nach dem Bericht der Gesellschaft gehen die Geschäfte nicht sehr brillant. 2 400 000 M. sind allein notwendig zur Befestigung des Besitzes, denn durch die ausländische Bewegung ist Alles, was dort geschaffen, mit einem Schlage vernichtet worden. Ein Satz des Berichtes ist vollständig berechtigt, nämlich der, daß nur durch eine Hebung der allgemeinen Landeskultur ein durchschlagender Einfluß auf die Eingeborenen gewonnen, und diese der Zivilisation entgegengeführt werden können. Soll das aber geschehen, dann ist es nothwendig, endlich einmal aufzuhören mit der fortwährenden Vergrößerung des Gebietes, und sich zu konzentriren. Das ist auch der einzige Weg, um mit Erfolg die Sklaverei, resp. den Sklavenhandel in Ostafrika zu bekämpfen. Mit Feuer und Schwert kommen wir hier nicht vorwärts. Im Uebrigen scheint mir die Gesellschaft nicht diejenige Aufgabe gelöst zu haben, für die so viel Klatsche gemacht worden ist. Ihren bisherigen Leistungen gegenüber erscheint mir die Aufwendung, welche von Seiten des Reiches gefordert wird, eine ganz enorme und in keiner Weise zu rechtfertigende. Der Reichskanzler hat sich darüber beklagt, daß es so schwer sei, hier in Deutschland die erfahrenen Männer zu finden, welche im Stande seien, die Kolonialsachen draußen zweckmäßig zu verwalten und einzurichten. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig; solche Kräfte kosten eben Geld, und man darf es nicht so machen, wie die deutsche Plantagen-Gesellschaft, die bei ihrem neuesten Veruche, Tabak zu pflanzen, sich Kräfte aus Schwedt und Biercaden hat kommen lassen, nachdem sie sich höchst zweifelhafteste Christensen aus dem berühmten Tabakdistrikt Sumatra hatte kommen lassen. Ein abschließendes Urtheil über die Verhältnisse in Ostafrika zu gewinnen, ist schwer möglich. Dem Major Liebert freilich ist es schon nach fünfwochigen Aufenthalt in Ostafrika gelungen, ein „ganz objektives Urtheil“ zu gewinnen. Wie aber diese Objektivität beschaffen ist, geht aus seinem Urtheil über Dr. Fischer hervor, welcher als Arzt und Gelehrter fast ein Jahrzehnt in Ostafrika zugebracht und aus diesen Erfahrungen heraus sich über das Klima ausgesprochen hat. Major Liebert bezeichnete Fischer's Ausspruch, daß, wo Wasser im Lande sei, das Land ungesund sei, und wo es heiß, es unfruchtbar sei, als unqualifizirbar. Er fügte hinzu, daß, wo Wasser in Afrika sei, das Land durchaus nicht ungesund sei, sondern eine überwältigende Fülle von Vegetation hervorbringe. Nun hat aber Fischer nicht allein so über Ostafrika geschrieben. Auch andere Fachmänner wie Thompson stimmen mit ihm darüber überein. Major Liebert ging sogar soweit, zu sagen, daß er auf Grund seiner fünfwochigen Erfahrungen die Garantie übernehmen könne, daß jedes Kapital, das in Ostafrika angelegt werde, eine gute Rente erzielen werde. Nach dem stenographischen Berichte scheint es dem geübten Herrn bange geworden zu sein um die Garantien, denn aus dem stenographischen Berichte ist die Garantie verschwunden. (Hört, hört!) Das beweist, wie schwer es ist, einen erfahrenen Mann zu finden, um diese Dinge richtig zu beurtheilen. Wenn es möglich ist, regierungsfest so zu plaidiren, so geht daraus hervor, wie wenig richtige Informationen die Regierung selbst über diesen Gegenstand hat. In der Budgetkommission ist uns gesagt worden, daß bei der Ankunft des Major Wismann über die definitive Regelung dieser Dinge in Ostafrika beschlossen werden könnte. Das wäre auch der geeignete Moment, über diese Vorlage zu reden. Auf Grund aller dieser unklaren Verhältnisse halte ich es nicht für zweckmäßig, dieser Vorlage zuzustimmen, zumal da diese Forderungen nicht eine einmalige, sondern wahrscheinlich eine öfter wiederkehrende sein wird. Ich bitte Sie, diese Vorlage abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Graf Mirbach (Df.): Wenn man wünscht, daß nicht das Reich selbst kolonial etwas unternehme, sondern Alles den Kolonialgesellschaften überlassen soll, dann muß man nicht andererseits die Ostafrikanische Gesellschaft in der Weise, wie z. B. Abg. Wambarger dies hier am 26. Januar 1889 gethan, diskreditiren. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Dohrn hat den handelspolitischen richtigen Sachverhalt entwickelt, daß die Durchfuhr leide, wo ein Aufstand stattfindet; ich finde aber nicht, daß er damit einen Gegensatz zu den Ausführungen des Staatssekretärs

konstruirt hat. Dann hat er den Gewinn der Ostafrikanischen Gesellschaft bemängelt. Daß die Gesellschaft während der Zeit eines Aufstandes, den sie niederzuwerfen gar nicht die Macht hatte, keinen Gewinn gemacht hat, ist natürlich. Was den weiteren Tadel des Abg. Dohrn betrifft, so wird mir Jeder, der Etwas vom Grundbesitz versteht, zugeben, daß, wenn man, abgesehen vom Waldbesitz, Inventar und Gebäude wegnimmt, nichts übrig bleibt; wenn die Pflanzungen zerstört werden, so bleibt natürlich nichts übrig. Der Abg. Dohrn hat dann ausgeführt, daß die Ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft zweifelhafteste Personen zum Tabakbau herangezogen hat; er hat nicht gesagt, unerfahrene Personen. Ich hoffe, daß er keinen Anstand nehmen wird, den betreffenden Personen Genugthuung zu gewähren. Die Ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft soll nach dem Abgeordneten Dohrn Plantageure aus Schwedt und Biercaden bezogen haben. Wahrscheinlich hat er einen Berichterstatter aus Bernau vor sich gehabt. (Heiterkeit.) Die Plantageure sind aus Sumatra bezogen. Dann ist ausgeführt, daß das Klima in Ostafrika ein ungesund sei; es ist ein Tropenklima und nicht alle vertragen es. Nach den offiziellen Weissbüchern ist der Gesundheitszustand unserer Truppen und Offiziere ein recht befriedigender. Herr Peters, der sich seinerseits in Afrika stets wohl befunden, hat mir genaue Details über das Klima gegeben, und danach findet sich dort nicht bloß Tropenklima, sondern auch gemäßigtes. Das Tropenklima mag auf Deutsche aus dem Norden eine geistige Depression ausüben; aber auch unser Klima ruft nicht gerade immer Elastizität hervor. (Sehr gut! rechts.) Und die Forderung von 4 1/2 Millionen ist einfach eine Konsequenz der vom vorigen Reichstage mit großer Majorität gefassten Beschlüsse betr. die Unterdrückung des Sklavenhandels. Sie könnten heute mit Ausnahme derjenigen, die auch damals schon in prinzipieller Opposition standen, Ihre Zustimmung nur versagen, wenn einschränken, wenn die Grundlagen, auf denen die verbündeten Regierungen damals die Vorlage aufbauten und ihre Erklärung abgaben, sich nachträglich als falsch herausstellten; wenn ferner die Mission Wismann's im wesentlichen erledigt oder aussichtslos wäre, oder wenn von irgend einer Seite ein bestimmter Weg angegeben werden könnte, auf welchem unter Anwendung von wenigen Mitteln dieses Ziel zu erreichen wäre. Alle Voraussetzungen und Erklärungen der Regierung haben sich aber als durchaus zutreffend erwiesen. Das Maß des Wohlwollens und Vertrauens in unsere Kolonialpolitik und deren Resultate ist auf konservativer Seite ein durchaus verschobenes; trotzdem haben wir uns entschlossen, die Vorlage anzunehmen. Ich persönlich würde bei der gegenwärtigen politischen Lage Deutschlands, und wenn ich lediglich als Landwirth in den östlichen Provinzen, wo die Landwirtschaft schwer um ihre Ertritte ringt, urtheilte, wünschen, die Kolonialpolitik wäre oder würde noch um wenige Jahre verschoben, unter der Voraussetzung, daß es nach Jahren noch möglich wäre, ein großes koloniales Gebiet zu erwerben. Nach allen meinen Informationen wäre das nicht möglich, und deshalb ist das Verdienst Peters' ein unsterbliches, das auch von den Gegnern anerkannt worden ist, allerdings erst, nachdem er todt gefügt war. (Heiterkeit.) Ich habe anfangs skeptisch der Kolonialpolitik gegenüberstanden; als ich aber sah, daß sie weite Kreise erfaßte, habe ich mich belehrt und bin zu anderen Resultate gekommen. Ich glaube allerdings nicht, daß jedes Geld, das dort angelegt wird, schnell und sicher hohe Rente gewährt; aber genügend gut verwaltete Mittel werden in nicht ferner Zukunft eine Rente und dann eine recht nennenswerthe Rente bringen. Ich bin allerdings bei der Ostafrikanischen Gesellschaft mit 250 Mark theilhaftig, ich habe aber durchaus nicht die Beforgnis, als Verwaltungsrath hier denunziert zu werden. Fürst Bismarck hat im Januar 1889 die Nothwendigkeit einer Aktion gegenüber den arabischen Sklavenhändlern betont, weil die Ostafrikanische Gesellschaft dem Aufstande nicht gewachsen wäre. Deutschland habe die Aufgabe der Zivilisirung und Christianisirung Ostafrikas ebenso wie England und Frankreich; wäre die Ostafrikanische Gesellschaft nicht in diesem Sinne thätig gewesen, so würde es niemals zu einem Zusammenstoß mit Sklavenhändlern gekommen sein; es sei auch ein hervorragendes Verdienst der Ostafrikanischen Gesellschaft, daß sie die Küste in den Pachtbesitz Deutschlands gebracht habe; sonst hätte Deutschland seine Mission im Sinne der Niederdrückung des Sklavenhandels und der Kultivirung nicht ausüben können. Auch die Ausführungen des Fürsten Bismarck in wirtschaftlicher Hinsicht haben sich vollständig zutreffend bewährt. Die Misserfolge in Plantagenbau sind auf die Unerfahrenheit in diesem Gebiete zurückzuführen. Es ist nicht zu zweifeln, daß es demnächst lohnend sein wird. Nach unseren Informationen sind die Motive der Vorlage begründet und korrekt und wir haben keinen Anlaß, die Forderung der verbündeten Regierungen abzulehnen. Wir sind allerdings nicht in der Lage, die Maßnahmen Wismann's im Einzelnen zu kontrolliren, aber so weit ich dazu in der Lage gewesen bin, mir davon Kenntniß zu verschaffen, herrscht nur volle Anerkennung seines richtigen, scheidigen, unthörligen Vorgehens (Beifall rechts) ganz im Sinne der ihnen anvertrauten Mission unter Wahrung der Ehre Deutschlands. Stellt man sich auf den Standpunkt, die ganze Verwaltung der Ostafrikanischen Gesellschaft zu überlassen, so wird es darauf ankommen, entschieden und mit großer Energie die Pazifizirung bis in das fernste Gebiet durchzuführen. Dann aber werden wir bedeutende Mittel sehr rasch auszuwenden müssen. Nur nach der völligen Pazifizirung Ostafrikas könnten wir einen Vertrag mit der Ostafrikanischen Gesellschaft abschließen. Sonst würden wir das Risiko laufen, daß nach einem Jahre oder ein paar Monaten der alte Zustand der Rebellion wieder eintritt. Deshalb bitte ich, die Ostafrikanische Gesellschaft nicht zu diskreditiren, wie bisher geschehen. Wir sind der Ansicht, daß wir das einmal Begonnene im Sinne der Mission Deutschlands als großer christlicher Nation, die es in der Kongoakte übernommen hat, an der Zivilisirung und Christianisirung Afrikas zu arbeiten, nicht aufgeben sollen; wir würden dies auch wirtschaftlich für einen schweren Fehler halten. Der vorige Reichstag hat die Vorlage für Ostafrika mit großer Majorität angenommen, ich spreche die Hoffnung aus, daß auch von diesem Reichstage die Forderung mit großer Majorität angenommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Hausmann (Volkspartei): Wir haben uns an der ersten Berathung der Vorlage zum Theil auch deshalb nicht theilhaftig, weil wir eine stärkere Begründung dieser Mehrforderung von der Regierung, und weil wir namentlich von ihr ein Programm erwarteten, welches die für eine so weit aussehende Sache uns nothwendig erscheinenden Garantien enthielt. Solches Programm haben wir leider von der Regierung nicht erhalten. Was die Regierung als ihre Stellung in dieser Sache bezeichnet, ist außerordentlich nebelhaft und verschwommen. Der Vorredner verwies uns auf das Programm des früheren Reichskanzlers; dagegen weise ich darauf hin, daß wir doch jetzt einer veränderten Situation, einer anderen Person und auch anderen Grundfragen gegenüberstehen. Herr v. Caprivi hat sich außer Stande erklärt, uns ein Programm überhaupt zu geben. Trotzdem hat er uns mitgetheilt: wir müssen eben vorwärts gehen. Es soll also in Afrika vorwärts geschritten werden, ohne daß wir erfahren, in welcher Richtung, nach welchem Ziel. Die Opposition wollte hauptsächlich erfahren, welchem Ziel

konstruirt hat. Dann hat er den Gewinn der Ostafrikanischen Gesellschaft bemängelt. Daß die Gesellschaft während der Zeit eines Aufstandes, den sie niederzuwerfen gar nicht die Macht hatte, keinen Gewinn gemacht hat, ist natürlich. Was den weiteren Tadel des Abg. Dohrn betrifft, so wird mir Jeder, der Etwas vom Grundbesitz versteht, zugeben, daß, wenn man, abgesehen vom Waldbesitz, Inventar und Gebäude wegnimmt, nichts übrig bleibt; wenn die Pflanzungen zerstört werden, so bleibt natürlich nichts übrig. Der Abg. Dohrn hat dann ausgeführt, daß die Ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft zweifelhafteste Personen zum Tabakbau herangezogen hat; er hat nicht gesagt, unerfahrene Personen. Ich hoffe, daß er keinen Anstand nehmen wird, den betreffenden Personen Genugthuung zu gewähren. Die Ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft soll nach dem Abgeordneten Dohrn Plantageure aus Schwedt und Biercaden bezogen haben. Wahrscheinlich hat er einen Berichterstatter aus Bernau vor sich gehabt. (Heiterkeit.) Die Plantageure sind aus Sumatra bezogen. Dann ist ausgeführt, daß das Klima in Ostafrika ein ungesund sei; es ist ein Tropenklima und nicht alle vertragen es. Nach den offiziellen Weissbüchern ist der Gesundheitszustand unserer Truppen und Offiziere ein recht befriedigender. Herr Peters, der sich seinerseits in Afrika stets wohl befunden, hat mir genaue Details über das Klima gegeben, und danach findet sich dort nicht bloß Tropenklima, sondern auch gemäßigtes. Das Tropenklima mag auf Deutsche aus dem Norden eine geistige Depression ausüben; aber auch unser Klima ruft nicht gerade immer Elastizität hervor. (Sehr gut! rechts.) Und die Forderung von 4 1/2 Millionen ist einfach eine Konsequenz der vom vorigen Reichstage mit großer Majorität gefassten Beschlüsse betr. die Unterdrückung des Sklavenhandels. Sie könnten heute mit Ausnahme derjenigen, die auch damals schon in prinzipieller Opposition standen, Ihre Zustimmung nur versagen, wenn einschränken, wenn die Grundlagen, auf denen die verbündeten Regierungen damals die Vorlage aufbauten und ihre Erklärung abgaben, sich nachträglich als falsch herausstellten; wenn ferner die Mission Wismann's im wesentlichen erledigt oder aussichtslos wäre, oder wenn von irgend einer Seite ein bestimmter Weg angegeben werden könnte, auf welchem unter Anwendung von wenigen Mitteln dieses Ziel zu erreichen wäre. Alle Voraussetzungen und Erklärungen der Regierung haben sich aber als durchaus zutreffend erwiesen. Das Maß des Wohlwollens und Vertrauens in unsere Kolonialpolitik und deren Resultate ist auf konservativer Seite ein durchaus verschobenes; trotzdem haben wir uns entschlossen, die Vorlage anzunehmen. Ich persönlich würde bei der gegenwärtigen politischen Lage Deutschlands, und wenn ich lediglich als Landwirth in den östlichen Provinzen, wo die Landwirtschaft schwer um ihre Ertritte ringt, urtheilte, wünschen, die Kolonialpolitik wäre oder würde noch um wenige Jahre verschoben, unter der Voraussetzung, daß es nach Jahren noch möglich wäre, ein großes koloniales Gebiet zu erwerben. Nach allen meinen Informationen wäre das nicht möglich, und deshalb ist das Verdienst Peters' ein unsterbliches, das auch von den Gegnern anerkannt worden ist, allerdings erst, nachdem er todt gefügt war. (Heiterkeit.) Ich habe anfangs skeptisch der Kolonialpolitik gegenüberstanden; als ich aber sah, daß sie weite Kreise erfaßte, habe ich mich belehrt und bin zu anderen Resultate gekommen. Ich glaube allerdings nicht, daß jedes Geld, das dort angelegt wird, schnell und sicher hohe Rente gewährt; aber genügend gut verwaltete Mittel werden in nicht ferner Zukunft eine Rente und dann eine recht nennenswerthe Rente bringen. Ich bin allerdings bei der Ostafrikanischen Gesellschaft mit 250 Mark theilhaftig, ich habe aber durchaus nicht die Beforgnis, als Verwaltungsrath hier denunziert zu werden. Fürst Bismarck hat im Januar 1889 die Nothwendigkeit einer Aktion gegenüber den arabischen Sklavenhändlern betont, weil die Ostafrikanische Gesellschaft dem Aufstande nicht gewachsen wäre. Deutschland habe die Aufgabe der Zivilisirung und Christianisirung Ostafrikas ebenso wie England und Frankreich; wäre die Ostafrikanische Gesellschaft nicht in diesem Sinne thätig gewesen, so würde es niemals zu einem Zusammenstoß mit Sklavenhändlern gekommen sein; es sei auch ein hervorragendes Verdienst der Ostafrikanischen Gesellschaft, daß sie die Küste in den Pachtbesitz Deutschlands gebracht habe; sonst hätte Deutschland seine Mission im Sinne der Niederdrückung des Sklavenhandels und der Kultivirung nicht ausüben können. Auch die Ausführungen des Fürsten Bismarck in wirtschaftlicher Hinsicht haben sich vollständig zutreffend bewährt. Die Misserfolge in Plantagenbau sind auf die Unerfahrenheit in diesem Gebiete zurückzuführen. Es ist nicht zu zweifeln, daß es demnächst lohnend sein wird. Nach unseren Informationen sind die Motive der Vorlage begründet und korrekt und wir haben keinen Anlaß, die Forderung der verbündeten Regierungen abzulehnen. Wir sind allerdings nicht in der Lage, die Maßnahmen Wismann's im Einzelnen zu kontrolliren, aber so weit ich dazu in der Lage gewesen bin, mir davon Kenntniß zu verschaffen, herrscht nur volle Anerkennung seines richtigen, scheidigen, unthörligen Vorgehens (Beifall rechts) ganz im Sinne der ihnen anvertrauten Mission unter Wahrung der Ehre Deutschlands. Stellt man sich auf den Standpunkt, die ganze Verwaltung der Ostafrikanischen Gesellschaft zu überlassen, so wird es darauf ankommen, entschieden und mit großer Energie die Pazifizirung bis in das fernste Gebiet durchzuführen. Dann aber werden wir bedeutende Mittel sehr rasch auszuwenden müssen. Nur nach der völligen Pazifizirung Ostafrikas könnten wir einen Vertrag mit der Ostafrikanischen Gesellschaft abschließen. Sonst würden wir das Risiko laufen, daß nach einem Jahre oder ein paar Monaten der alte Zustand der Rebellion wieder eintritt. Deshalb bitte ich, die Ostafrikanische Gesellschaft nicht zu diskreditiren, wie bisher geschehen. Wir sind der Ansicht, daß wir das einmal Begonnene im Sinne der Mission Deutschlands als großer christlicher Nation, die es in der Kongoakte übernommen hat, an der Zivilisirung und Christianisirung Afrikas zu arbeiten, nicht aufgeben sollen; wir würden dies auch wirtschaftlich für einen schweren Fehler halten. Der vorige Reichstag hat die Vorlage für Ostafrika mit großer Majorität angenommen, ich spreche die Hoffnung aus, daß auch von diesem Reichstage die Forderung mit großer Majorität angenommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Hausmann (Volkspartei): Wir haben uns an der ersten Berathung der Vorlage zum Theil auch deshalb nicht theilhaftig, weil wir eine stärkere Begründung dieser Mehrforderung von der Regierung, und weil wir namentlich von ihr ein Programm erwarteten, welches die für eine so weit aussehende Sache uns nothwendig erscheinenden Garantien enthielt. Solches Programm haben wir leider von der Regierung nicht erhalten. Was die Regierung als ihre Stellung in dieser Sache bezeichnet, ist außerordentlich nebelhaft und verschwommen. Der Vorredner verwies uns auf das Programm des früheren Reichskanzlers; dagegen weise ich darauf hin, daß wir doch jetzt einer veränderten Situation, einer anderen Person und auch anderen Grundfragen gegenüberstehen. Herr v. Caprivi hat sich außer Stande erklärt, uns ein Programm überhaupt zu geben. Trotzdem hat er uns mitgetheilt: wir müssen eben vorwärts gehen. Es soll also in Afrika vorwärts geschritten werden, ohne daß wir erfahren, in welcher Richtung, nach welchem Ziel. Die Opposition wollte hauptsächlich erfahren, welchem Ziel

die Regierung zuzubereiten, dem der Privat-Gesellschaften oder dem der Kron-Kolonien. Einerseits hat nun Herr von Caprivi gesagt, er spreche auch heute die bestimmte Meinung aus, dahin zu kommen, daß das Reich nicht mehr mit Geld engagiert sein werde. In einer anderen Stelle aber kommt die überraschende Wendung, daß wir, um auf die Dauer der Sklaverei entgegenzutreten zu können, durchaus eine Organisation brauchen, die wenigstens in einigen Beziehungen dem nahe kommt, was man in Europa einen Staat nennt. Ein derartiges Programm wird man doch nicht glauben durch die Ostafrikanische Gesellschaft ausführen lassen zu können. Ist es damit wirklich ernst, so wird es die Aufgabe des Reiches sein, diesen annähernden ostafrikanischen Staat mitzubegründen. Ein weiteres bedeutendes Bedenken lag für mich auch in dem Ausspruch des Reichskanzlers, die Thätigkeit in Ostafrika könnte nur mit der Hilfe und mit der Hilfe bewerkstelligt werden, und es würden noch Jahre der Diktatur und des Krieges vor uns sein. Andererseits pries Major Liebert, daß die Aufgabe Emin Paschas als die eines friedlichen Führers zu betrachten sei. Also auch hier sehen wir nicht im Mindesten eine zuverlässige Grenze, nicht einmal Klarheit innerhalb der Regierung selbst. Der Zweck der ganzen Kolonialbewegung ist ein dreifacher, und alle drei Zwecke laufen fortwährend durcheinander. Ursprünglich war der Anziehungspunkt dieser Kolonialpolitik für weite Kreise der Glaube an die Möglichkeit, sich Auswanderungsgebiete zu verschaffen. (Sehr richtig! links.) Man war gewiß berechtigt, zu wünschen, daß Deutschland den großen Strom seiner jährlichen überzähligen Auswanderung in Gebiete lenken könnte, die in einem gewissen inneren nationalen Zusammenhang mit unserem Vaterland stehen. Heute sind wir davon zurückgekommen. Auch von der Regierung selbst wird nicht mehr an der Behauptung festgehalten, daß Ostafrika für Mitteleuropäer ein geeignetes Auswanderungsgebiet ist. In dieser Beziehung sind auch wirklich die von Dr. Lohm angeführten Autoritäten in höherer Bedeutung höher anzuschlagen als die Erfahrungen eines fünfjährigen Aufenthalts. Graf Mirbach beiseite diese bedeutende Frage mit dem Scherzwort von der intellektuellen Depression, die sich teilweise auch bei uns geltend mache. Vielleicht hat er dabei auf die Depression angespielt, die der Reichskanzler als einen großen Aufwand von Mühe und Sachkenntnis in kolonialen Dingen bezeichnete. (Sehr gut! links.) Muß von der Auswanderung abgesehen werden, so tritt der Handel immer und immer wieder in den Vordergrund der Kolonialfrage. Aber auch hier scheint es, daß wir mit Ausnahme der Durchfuhrwaare des Eisenblechs irgend welche Waaren dort bis jetzt nicht finden können, und daß es sich um Waaren-Verbindungen nur insofern handelt, als wir erst Kolonien, die diese Waaren hervorbringen sollen, in diesen Tropengegenden anlegen sollen. Nun hat aber der Reichskanzler selbst ausgeführt, daß, ohne die Eingeborenen zu einem gewissen Grade von sittlicher und intellektueller Bildung zu bringen, auf die Dauer ein schwinghafter Handel mit ihnen eine gangbare Industrie an Ort und Stelle, selbst eine gut getriebene Landwirtschaft kaum möglich sein würde. Mit diesem Punkte, dem Punkte der Kultur und des Fortschritts, komme ich auf den dritten Punkt, die Sklaverei. Gewiß ist es ganz berechtigt und notwendig, daß mit allen Mitteln geistiger und moralischer Arbeit, welche eine Bevölkerung heben können, erst auf diese Schritte eingewirkt werden muß, bevor wir daran denken können, dieser Frage auch nur näher zu treten. Damit, daß an einigen Stellen äußerlich der Sklavereihandel oder eine Sklavensjagd verhindert wird, legen wir dieser großen Erscheinung von Unkultur in Afrika in keiner Weise die Art an die Wurzel. Und das ist für mich entscheidend. Auch ich will Deutschland nicht für alle Reichen von der Aufgabe ausschließen, die eigene abendländische Kultur auf diese unkultivierte Bevölkerung zu übertragen. Aber das muß eine gemeinsame Aufgabe sämtlicher europäischen Staaten nach einem großen Programm sein, nicht daß wir jetzt stückweise an allen Orten mit unzulänglichen Mitteln angefangen wird. Wollten wir dieser Frage auf den Leib gehen, so können wir sicher nicht mit vier Millionen anfangen. Wir würden uns darauf beschränken müssen, eine Reihe von Jahren große Aufwendungen für diesen Zweck zu machen. Es handelt sich nicht, wie der Abg. von Bennigsen neulich behauptet hat, um einige wenige Millionen für jetzt und für die weiteren Jahre; es handelt sich um eine außerordentlich starke Finanzanspruchnahme öffentlicher Mittel; und diesen Punkt macht die Regierung nicht so klar oder trägt ihn so klar nicht vor, als es notwendig ist, um die ganze Bedeutung dieser Frage zu übersehen. Sind aber so große Aufwendungen notwendig, um überhaupt etwas zu erreichen, so ist unserer Meinung nach für Deutschland der Zeitpunkt nicht gekommen, um für überseeische Unternehmungen solche, vielleicht Hunderte von Millionen kostende Aufgaben zu erfüllen. Auf solche Kosten würden wir aber vielleicht im Jahre 1900 zurück zu schauen haben, wenn wir jetzt den ersten Schritt ins Innere antreten. Es ist nicht möglich, dem deutschen Nationalwohlstand diese Summen zu entziehen, ohne andere, ebenso wichtige, oder noch viel wichtigere Kulturzwecke auf unserem heimischen Boden gleichzeitig zu vernachlässigen. Wenn in unserer Militärkommission vorgestern der Zustand, welchen der Soldat, wenn er nach Hause kommt, dort antrifft, als eine Misere bezeichnet ist, so daß er es viel besser in der Kaserne habe, wo er wenigstens noch genug zu essen habe und rothe, dicke Boden bekomme, dann ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in Deutschland im Großen und Ganzen wie auch in den einzelnen Haushaltungen nicht so, daß wir nicht in dieser Weise öffentliche Mittel verwenden können. Und Kultur in andere Welttheile können wir erst dann tragen, wenn wir den Gipfel der Unkultur überwunden haben, den die Kriegsbereitschaft in Europa für mich enthält. So lange wir jährlich hunderte von Millionen aufwenden müssen, um uns gegen unseren nächsten Nachbarn zu verteidigen, können wir keine gemeinsame europäische Aktion mit Erfolg und Nachdruck in Afrika führen. Nun sagt man, wir seien engagiert, die Ehre unseres Landes erfordere das. Wäre das der Fall, so würde auch meine Partei die Konsequenz dieses Gebotes ziehen. Aber wir sind nicht engagiert. Wir haben die Mittel bewilligt, um den Aufwand niederzuerwerfen, und jetzt hören wir, daß die Positionierungsarbeit unmittelbar vor ihrem Abschluß steht. Die Aufgabe ist also gelöst, wofür wir uns engagiert hatten, und jetzt stehen wir vor der ganz neuen Aufgabe, ob wir weiter von der Küste hinweg in die Eroberungspolitik zur Unterwerfung jenes ganz ungeheuren Gebietes hinübergehen sollen. Davor können wir nicht absehen, gerade um nicht die Ehre Deutschlands zu engagieren und uns Verwickelungen auszuwickeln, die wir heute gar nicht übersehen können. Wir sprechen immer so sehr empfindlich, wenn es sich um einen Ehrenpunkt unserer eigenen Nation handelt. Vielleicht können wir uns objektiver machen, wenn wir auf eine andere Nation hinschauen. Italien hat die gleichen Bahnen beschritten und zum Teil die gleichen Fehler gemacht wie wir. Wenn nun heute das italienische Parlament zur Erkenntnis käme: diese Politik ist zu weitläufig und entfremdet uns den einheitlichen Aufgaben, deshalb wollen wir diese Politik als Eroberungspolitik nicht fortführen, sondern sie erstlich in die Formen privater Unternehmungen unter staatlichem Schutz überleiten, könnte dann ein Mensch behaupten, daß das der italienischen Ehre zu nahe getreten wäre? Im Gegenteil, ich glaube, wir würden vor diesem Beschlusse der Italiener Respekt haben, weil er den Beweis einer gesunden Vernunft in sich tragen würde. Wir sollten auch bei uns den Muth haben auszusprechen: die Ehre Deutschlands wird nicht engagiert, wenn wir jetzt von diesen Dingen zurücktreten, sondern im Gegenteil, wir schätzen sie vor künftigen Verwickelungen. Wir können auch noch hinzufügen, daß wir Italien um das weniger dünnhäutige betrachten, was an finanziellen und militärischen Kräften aus dem Mutterlande hinauszieht. Auch die sozialen Schäden, die in Italien offen liegen, würden mehr die wünschenswerthe Berücksichtigung erfahren können, und Italien wäre, wenn es in seinem Innern die großen sozialen Schäden beheben würde, viel stärker, als wenn es seine öffentlichen Mittel in überseeische Unternehmungen

zerpflegt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß große Kreise von dem Gedanken an diese Kolonialpolitik erfasst seien, daß, wie der Reichskanzler sagte, das nationale Empfinden diese Politik verlangt. Wir in Süddeutschland sind nicht in der Lage, unsere Verantwortung hinter einer Verufung auf das Empfinden der Bevölkerung zu decken. Dort trägt die Majorität der Bevölkerung das richtige Empfinden in sich, daß das eine verkehrte Politik ist. Seit den Erklärungen, welche die Bevölkerung am 20. Februar abgegeben hat, kann man sich auch nicht einmal mit Recht darauf berufen, daß die Entscheidung in Wirklichkeit hinter dieser Politik stehen. Bei uns sind es einige kümmerliche Nationalvereine nationalliberaler Schöpfung, die weniger aus innerem Drang als aus dem Bedürfnis, für das nationale Programm einen neuen Gesichtspunkt zu finden, geschaffen worden sind. In den Kreisen, die ich kenne — sie sind allerdings nicht so hoch wie die, in denen Graf Mirbach sich erkundigt hat —, wird die Kolonialpolitik nicht gebilligt. Gerade von dem Anschluß an das Empfinden unserer Bevölkerung, das sich mehr und mehr dahin ausspricht: wir wollen nicht in die ostafrikanische Lotterie setzen, weil wir wissen, daß sie keinen großen Gewinn enthält, kommen wir zu der Ablehnung dieser Vorlage. Wir wollen nicht die Verantwortung an einer Politik mittragen, die außerordentliche Lasten über unser Deutschland heraufbringen wird und außerordentlich geringen Gewinn. (Beifall links.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr Marschall v. Bieberstein: Der Herr Redner hat im Beginn seiner Ausführungen die Stellung der verbündeten Regierungen zur Kolonialpolitik eine „nebelhafte und verschwommene“ genannt und diese Behauptung darauf begründet, daß wir bis jetzt kein bestimmtes Programm über die zukünftige Führung unserer Kolonialpolitik vorgelegt haben. Der Vorwurf wißt, öffentlich ausgesprochen, so schwer, daß ich mit einigen Worten darauf antworten muß. Es ist ein eigenhümliches Zusammenreffen, daß den verbündeten Regierungen der Vorwurf gemacht wird, eine nebelhafte, verschwommene Kolonialpolitik zu führen, gerade in einem Augenblick, wo anderwärts eine sehr rege Agitation im Gange ist, die nicht müde wird, einer uns befreundeten Nation tagtäglich vorzutreiben, daß eigentlich nur die deutsche Kolonialpolitik eine zielbewusste, energische und klare sei (sehr richtig! rechts; hört, hört!), und daß, wer diese Kolonialpolitik nicht nachahme, sicherlich ins Hintertreffen komme. Diese Gegenüberstellung wird genügen, um zu zeigen, daß es doch jedenfalls um die Kolonialpolitik Deutschlands nicht so schlimm steht, wie der Herr Redner meinte. Wer zurückblickt auf das, was an der ostafrikanischen Küste vor 4 Jahren war, und wer ins Auge faßt, was dort heute ist und daran unbefangenen seine Schlussfolgerungen laßt, der wird den Vorwurf des geehrten Herrn Redners einfach nicht verstehen. (O doch! links; nein! rechts.) Meine Herren, es waren ganz konkrete Ziele, die wir uns in dem Besatz vom Februar vorigen Jahres gesetzt hatten. Die Art und Weise, wie in diesen 4 Jahren diese Ziele teilweise erreicht, teilweise deren Erreichung angebahnt worden ist, hat nicht nur die allgemeine Anerkennung im Inlande, nein, sie hat die Bewunderung des ganzen Auslandes erregt (na! na! links), und ich glaube, wir haben allen Anlaß, darauf stolz zu sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere, daß Sie darüber lachen; ich konstatiere einfach eine Thatfache. Wenn nun die verbündeten Regierungen, nachdem wir so weit gekommen sind, eine kurze Spanne Zeit verlangen, um nach allen Richtungen hin sich klar zu werden über die Art und Weise, wie die bisherigen Erfolge fruktifiziert werden sollen, wenn sie dabei den Wunsch hegen, keine Quelle der Information unbeachtet zu lassen, und womöglich alle Eventualitäten übersehen, so verdienen sie darum keinen Vorwurf. Sie werden vielmehr daraus entnehmen, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor entschlossen sind, sich nur an demjenigen Wege festzuhalten, von dem aus sie im Voraus nach reiflicher Ueberlegung und Ueberlegung aller Eventualitäten sicher sind, daß er zum gewünschten Ziele führt. Daß dabei nicht nur die allgemeinen Interessen, sondern auch speziell die Interessen der Finanzen nach allen Richtungen hin gewahrt werden: diese Zusicherung kann ich von vorn herein geben. Ich bitte also die Herren, noch kurze Zeit zuzuwarten. Wir werden voraussichtlich in der nächsten Session in der Lage sein, Ihnen ein Programm vorzulegen, und ich hoffe, daß dann der Vorwurf nicht mehr erhoben werden wird, den wir soeben von dem Herrn Redner gehört haben. Das muß ich allerdings zugeben, daß die Herren Gegner der Kolonialpolitik und speziell dieser Vorlage uns in Einem über sind. Sie haben nämlich bereits ein Programm für Ostafrika, sie wollen zwar nicht sofort Alles von dort herausziehen, aber sie wünschen, wie der Herr Abgeordnete Dr. Bamberg das neulich dargelegt hat, eine Liquidation anzubahnen, so daß wir an einem Tage Alles, was wir dort haben, die Hinten, Kanonen, die ganzen Schutztruppen der Ostafrikanischen Gesellschaft überweisen und sagen: nun sieht sie, wie Du damit vorkommst. Meine Herren, das ist ein Programm, und ich gebe zu, ein sehr einfaches; ich habe aber die feste Ueberzeugung, daß, wenn wir dieses Programm durchzuführen, wir dann einen Weg gehen, der sicher zu dem Resultat führt, welches auch von diesem Herrn nicht gewünscht wird, nämlich dazu, daß wir an einem schönen Tage vor der Alternative stehen, entweder die ganze Arbeit von vorn anzufangen, oder auf Alles zu verzichten, was wir mit grobem Opfern an Gut und Blut erreicht haben. Das wäre ein Programm, für welches die verbündeten Regierungen auch aus finanziellen Gründen eingutreten vermögen. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger (Dr.): Ich kann den Grafen Mirbach nicht von der Stunde freisprechen, daß er den Veranlassung ist, wenn ich heute spreche. Es war sonst nicht mein Wunsch, zu sprechen, denn die heutige Verhandlung ist lediglich eine Fortsetzung der Generaldebatte, es sind dieselben Gründe für und wider, wir wissen eigentlich noch sehr wenig von der Sache. Als der Antrag auf Kommissionsberatung gestellt wurde, hatte ich nicht die Hoffnung, daß wir dadurch klüger werden würden. Es war nur gewissermaßen eine Ehrenbezeugung gegen die Sache, daß wir dieselbe noch in eine Kommission schickten, wie überhaupt die Kommissionen nur eine Anstandsform sind, um eine Vorlage anständig zu begründen oder anständig zum Leben zu führen. Ohne Kommissionsberatungen würden wir gerade so weit kommen wie heute. Wir können hier nur ein Schauri abhalten, um uns über die Sache zu unterhalten, ohne eine Belehrung über die Rentabilität der Kolonien und über die Gründe, warum wir hier Millionen ausgeben, zu erhalten. Ich will aber den wiederholten Vorwurf, daß durch abfällige Aeußerungen über koloniale Unternehmungen, der Kredit der kolonialen Gesellschaften untergraben würde, in das richtige Licht stellen. Gesellschaften oder Personen von notorischem Renommee, z. B. der preussischen Seehandlung, der Reichsbank, der Disconto-Gesellschaft in Berlin oder dem Hause Rothschild, können eine solche abfällige Kritik im Reichstag nicht um einen Pfennig schaden. Ein guter Kredit beruht auf ganz anderen Gründen als Klammern und wird nur geschädigt, wenn er zeigt, daß er nicht so hoch taxirt zu werden verdient. Wenn hier für eine kolonial-Gesellschaft der Säckel der Steuerzahler, also der Kredit des Reichs in Anspruch genommen wird, müssen wir als Vertreter der Steuerzahler ihre Kreditwürdigkeit untersuchen. Sie soll ja, wenn auch erst nach Generationen, dem Reich die Kosten wieder ersetzen. Wenn die Ostafrikanische Gesellschaft gut wäre, würde ihr mein leichtfertiges Verurtheilen Uebelthun, wenn ich dessen fähig wäre, nicht im geringsten schaden. Das würde sie durch andere Redner und Thatfachen widerlegen können. Die Auffassung, als ob hier aus Silber-Geld gemacht werden könnte, ist vollständig ohne Kenntniss kaufmännischer Verhältnisse ausgesprochen. Wenn Graf Mirbach wüßte, warum man Kredit giebt, so würde er wissen, daß Parlamentsreden damit nicht viel zu thun haben. Die Leute, die ihr Geld hineinstecken, thun Anderes, als meine Reden nachzulesen, und wissen genau, wohin sie ihr Geld geben sollen. Auch Reden von Regierungskommissionen gehen dabei bankrott, dessen bin ich ganz

sicher. (Weiterkeit.) Der Herr Reichskanzler sagte: Ja, für die schlechtesten ausländischen Papiere hat das deutsche Publikum ein Geld, als für Kolonialunternehmungen. Was würden die Herren sagen, wenn eine Gesellschaft von Bankiers ein Antrag über die Einführung des rauchlosen Pulvers in unserer Armee auszusprechen wüßte? Wie dies den Militärs in unserer Armee allein zuzuführen, so können über die Frage, ob man sein Geld in koloniale Unternehmungen oder in Staatspapieren anderer Länder anlegen sollte, die Herren Militärs, Landwirthe, Kulturfreunde und kolonialbegeisterte Menschen viel weniger entscheiden, als die Leute, die jahraus jahrein mit sicherer Sachkenntnis ihr Geld anlegen. Der Standpunkt, als ob Edelmann, Großbesitzer, Wagemuth einen berechtigten Antheil an solchen Unternehmungen haben könnte, ist auch ganz falsch, wenn man ihn nicht mit dem Verständnis des Unternehmers und der Berechnung des Gewinnes verbindet. Durch die Presse geht das Wort „Profitwuth“, das das Schlimmste sein soll, was einem Menschen antreiben kann. Seyen Sie an Stelle dieses Wortes „Gewinn suchen“ und dann frage ich: wo wäre heute Handel, Gewerbe und Industrie ohne diese Profitwuth? Ueberall ist die auri sacra fames die Triebfeder, die den Menschen vorwärts streben läßt. Wer sein Vermögen vermindert, schädigt auch das Nationalvermögen, von dem jenes ein integrierender Bestandteil ist. Diese vier Millionen können besser in Deutschland als in Ostafrika verwendet werden. Das ist der große Irrthum der kolonialen Schöpfung, daß man meint, man müßte Land besitzen und Arbeitskraft treiben, wenn man gute Geschäfte machen wolle. Die Hanseaten haben ohne Kolonien sehr gute überseeische Geschäfte gemacht. Ich habe schon früher gesagt, wenn wir unsere Hinten und Kanonen in Ostafrika ließen und einfach herausziehen, würden wir ein viel besseres Geschäft machen, als wenn wir diese Politik fortführen. Was die Ostafrikanische Gesellschaft für Mittel hat, steht in keinem Verhältnis zu dem, was das Reich auswendet. Der kleinste Theil der Millionen, die für die Ostafrikanische Gesellschaft gegeben sind, ist gegeben in der Hoffnung auf Profit. Kaiser Wilhelm I. hat eine halbe Million hergegeben, weil man seine Sympathie für die Sache gewonnen hatte. Die Finanzgrößen haben für die Ostafrikanische Gesellschaft auch nur ihre 80 000 M. abgegriffen, um dem Reichskanzler einen Gefallen damit zu thun; mit seinem Jorn verschafft zu bleiben, wäre auch schon 30 000 M. werth. (Weiterkeit.) Der Reichskanzler, dachten sie, würde sie das Geld ein andermal schon wieder verdienen lassen. Wenn die großen Kaufleute mehr Geld und wenn der Graf Mirbach statt 250 M. 100 000 M. für Kolonialzwecke hergäbe, würde ich mehr Respekt und Vertrauen für die Kolonialpolitik haben; denn vom Grafen Mirbach nehme ich an, daß er sein Vermögen nur gut anlegt. Der Reichskanzler hat gesagt, die Kolonialpolitik sei nicht bloß Sache des Reiches, sondern der Empfindung. Diese Empfindung sei in Süddeutschland vorhanden. Der Abg. Hauptmann meinte, sie müsse wohl im Norden sein. Nun wird mir die Sache noch zweifelhafter. Bisher habe ich immer gemeint, sie wäre im Süden. (Weiterkeit links.) Die Schmäbische, die ich von Kolonialschwärmern erhalten, sind fast nur aus Süddeutschland, während man in Norddeutschland, in den Hansestädten föhlt, daß man sich Herz hinan ist. Aber gesagt, diese Empfindung wäre wirklich so verbreitet, wie der verehrte jetzige Reichskanzler ausgesprochen hat, würde das ein wirklicher Grund sein, auf eine so schwer wiegende Politik einzugehen. Es giebt keine bessere Gegenseite als Empfindungen und Politik. Der Reichskanzler selbst wird in der Hauptsache Synonyma. Es giebt gute und schlechte Empfindungen. Der Streit zwischen den Kolonialbegeisterten und den Kolonialweiskern ist der, daß wir sagen, sie folgen einem falschen Empfindung. Der Reichskanzler und Herr von Bennigsen haben gesagt, in jenen Friedenszeiten, nachdem wir die großen Kriege geschlagen, suchte der deutsche Geist einen Weg, groß für seinen Unternehmungswiss, und da mußte ihm die Eroberungspolitik von Afrika geboten werden. Ich taxire die Deutschen höher, als daß ich ihnen ein solches minderwertiges Motiv unterlege. 1857 und schon früher vor dem Septemberstreik war in Frankreich die Idee verbreitet, daß, wenn Frankreich in diesem Wahlkampfe unterliege, er, um Abwehmung seiner Politik zu machen, einen Krieg mit Frankreich anfangen würde. Man wünschte deshalb, daß die Liberalen geschlagen würden. Ich habe immer geantwortet, ihr irrt euch in dem Deutschen. Die Deutschen brauchen ein solches Derivativ nicht, um sich, wie etwa die Franzosen es gethan haben, in einen Krieg zu verwickeln. Man hat gesagt, wie wäre denn das Deutsche Reich geworden, wenn nicht dieser Gemüthssturm, der sich nicht bei Heller und Pfennig ausrechnen läßt, seit etwa einem halben Jahrhundert in Deutschland geweht hätte. Der Abg. Bennigsen hat mich an meine eigene Vergangenheit erinnert. Ich sage: Begeisterung, wo sie hingehört und Rechnung, wo sie hingehört. Diese Verquickung von Begeisterung und Rechnung, die seit zehn Jahren auf dem deutschen Volke geruht hat, ist für uns und für die Welt ein schmerzliches Beispiel geworden. Woher ist denn diese ganze Kolonialpolitik gekommen, wenn nicht seit dem Augenblick, als man durch ein künstliches Handels- und Produktivsystem, nämlich durch die Schutzpolitik, die Quelle einer freien Thätigkeit verstopfte? Die Suche man nach Derivativen (Zustimmung links), nach einer Ablenkung. Wenn der Abg. v. Bennigsen mir eine oäterliche Mahnung zukommen ließ, daß es nicht schäde gewesen wäre, daß ich den Major Wisnmann und seine Leute nicht auch anerkannt hätte, so erwiederte ich ihm zunächst, daß ich fest überzeugt war, er würde das ich ausgerechnet beforgen, daß ich daneben nur ein armer Schein ausgegeben habe, was ich von Sorgen und Bremsen gesagt habe, habe ich mit ruhiger Ueberzeugung gesagt. Dieser Art der Kriegsführung habe ich den Willen gegenüber auch andere Staaten. Ich habe das geschäftlich und gesagt, es sei genug geschahen. Eine Ovation hätte ich nicht zunächst an den Major Wisnmann, sondern ich ihn als den richtigen Mann an der richtigen Stelle erkennen, sondern an die deutsche Marine zu richten gehabt. Unsere Flotte hat die Pazifizierung von Ostafrika herbeigeführt. Sie sind dagegen die kleinen Gesichte gegen die mit Feuerreitergewehren bewaffneten Araber, in denen 2 bis 3 Sudanesen und 1 deutscher Unteroffizier gefallen sind! Die Eroberung von Afrika ist durch die Flotte bewerkstelligt. Diese hat mit großen Kanonen drei Orte zusammengeköstet und die Araber sind ausgezogen. (Weiterkeit.) Die Besatzung der Flotte ist nicht etwas weniger Befahren angefaßt, als die Leute, die in den Lande kämpfen. Ihnen erwächst ein viel schlimmeres Zeit in dem Fieber. Der Major Wisnmann hat seine Zeit ausgezeichnet. Nun scheint er, nachdem er anfangs einige Schnelligkeit vorgegangen ist, schließlich zu dem Erkennen gekommen zu sein, daß doch eine Jagdstätigkeit namentlich der Auseinandersetzung mit den Arabern sehr am Platze ist; er ist mit dem zweiten Gegner Bana Heri viel glimpflicher umgegangen. Der Hinweis auf England scheint mir nicht richtig zu sein. Wenn Stanley und Andere einen großen Raub an den Territorien gewinnen, welches sie beeinflussen wollen, die deutschen Kolonialbegeisterten haben die Idee gesagt, vom Osten von der sanitärischen Küste aus nach dem Westen hin an die Kongogrenze zu drängen. Bei diesem Streit müssen sich die Linien einmal schneiden; das Problem wird sich schwer lösen lassen. Ich möchte meine Stimme dagegen erheben, auf diesem Gebiete einen Wettstreit zu beginnen, der so perniciös mit dem Landheer bereits begonnen ist. Es ist schon Unglück genug, daß wir uns jetzt immer rechnen müssen, wieviel Mann und Pferde Rußland und Frank-







feines Geschäfts weggenommen und nicht wieder herausgegeben habe. Er habe den Angeklagten ursprünglich nur als Zeugen für die Verweigerung des Schlüssels mitgenommen und als auch dies keinen Erfolg hatte, habe er dem Wirth gleich gesagt, daß er am nächsten Tage ziehen würde. Bei den klaren und präzisen Aussagen der Belastungszeugen wurde seitens des Angeklagten selbst auf die Vernehmung der Entlastungszeugen verzichtet. Der Stuhl, der bei der traurigen Angelegenheit eine so verhängnisvolle Rolle gespielt, lag neben, die beiden abgebrochenen Füße desselben lagen auf dem Zeugentische. Die medizinischen Sachverständigen hielten es für zweifellos, daß der Tod des alten Dellmig infolge des Schlags mit dem Stuhl eingetreten war, bei der Obduktion des Verstorbenen zeigte sich, daß dessen Schädel eine drei Zentimeter lange Wunde erhalten und daß ein kolossaler Bluterguß ins Gehirn stattgefunden hatte, welcher den Tod zur Folge haben mußte. — Staatsanwalt Dr. Benedix konnte angesichts des Ergebnisses der Beweisaufnahme seine Ausführungen auf ein geringes Maß beschränken. In Anbetracht der schweren begleitenden Umstände hielt der Staatsanwalt es nicht für angezeigt, dem Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen, derselbe müsse für seine rohe That die ganze Schwere des Gesetzes fühlen und hoffentlich würden die Geschworenen dieser Ansicht auch bei Abgabe ihres Spruches beitreten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sello, suchte dem Angeklagten dennoch mildernde Umstände zu erwirken.

Die Geschworenen sprachen dem Angeklagten nach kurzer Verathung die Zuhaltung mildernder Umstände ab, worauf der Staatsanwalt gegen denselben eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren und fünfjährigen Ehrverlust beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf vier Jahre Zuchthaus.

## Soziale Uebersicht.

**An die Mechaniker und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.** Kollegen! In mehreren öffentlichen Versammlungen habt Ihr einstimmig beschlossen, durch wöchentliche Beiträge von mindestens 50 Pf. Euch an den Sammlungen zum Generalfonds zu beteiligen; leider bleibt der Erfolg hinter den Erwartungen zurück. Allerlei nichtige Ausreden werden angewandt gegen die Vertrauensmänner beim Einsammeln der Gelder. Wir appellieren an Euer Nächstenliebegefühl, einmal gefassten Beschlüssen treu zu bleiben, damit denjenigen Kollegen, welche in den Kampf eintreten für Erreichung besserer Arbeitsbedingungen, eine annähernd ausreichende materielle Hilfe zu Theil werden kann.

Kollegen! Immer näher und näher rückt der Tag heran, an welchem wir uns die Konsequenzen unserer Bewegung ziehen müssen. Mitte dieses Monats wollen wir zeigen, daß wir voll und ganz auf dem Boden unserer Forderungen stehen und nur in solchen Verhältnissen arbeiten, wo unser in gemeinschaftlicher Sitzung angenommener Tarif anerkannt worden ist. Am 16. Juni resp. dem Anfangstage der Arbeitswoche, in welcher der 16. Juni fällt, wollen wir einmüthig die Arbeit niederlegen in denjenigen Werkstätten, in welchen unsere Forderungen nicht anerkannt worden. Die Kraft unserer ganzen Bewegung, sie konzentriert sich mehr auf diesen Tag. Am 16. Juni wollen wir zeigen, daß wir voll und ganz auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, daß wir einmal gefasste Beschlüsse auch zu halten verstehen. Euch aber, Kollegen, die Ihr weiter arbeitet in denjenigen Werkstätten, in welchen unsere Forderungen bewilligt sind, Euch rufen wir zu Gedulde der Arbeitsbrüder, welche durch Euren Beschluß die Arbeit niederlegen werden, unterstützt sie, soweit es in Euren Kräften steht. Dann wird, dann muß der Sieg in kurzer Zeit unser werden.

Die Folgen der Berliner Bewegung werden auch in anderen Städten ihr Gutes zeitigen für uns. Wir werden nach Erreichung des Zieles hier in Berlin unsere volle Kraft einsetzen, daß auch im übrigen Deutschland die Verhältnisse unserer Branche sich bessern und denjenigen von Berlin gleichkommen.

Kollegen! Nie wird man uns den Vorwurf machen können, daß wir in frivolster Weise einen Streik inszeniert haben, daß wir einer friedlichen Lösung nicht geneigt gewesen wären; alles haben wir versucht, ehe wir zu diesem letzten Schritt gelangten. Mittwoch, den 11. Juni cr., Abends 8 Uhr, findet in May's Festhale (fr. Heydrichs), Eingang Beuthstr. 22 I, eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Endgiltige Bericht-erstattung des Streikausschusses. — Diskussion und Beschlußfassung. — Verschiedenes. Die Wichtigkeit der letzten Versammlung vor Eintritt in die eigentliche Bewegung brauchen wir Euch nicht mehr auseinander zu setzen. Ihr alle werdet empfinden, daß Ihr an diesem Tage auf dem Platze Mann für Mann erscheinen müßt, um zu hören, welche von den Arbeitgebern bewilligt haben und welche nicht, und dann Euer Votum abzugeben. Kollegen! Erkennt der Worte Macht: „Vereinigt sind wir Alles, vereinzelt Nichts.“ Dann sei unsere Losung: Durch Kampf zum Sieg! Hoch die Arbeit! Hoch die Solidarität! Die Streikkommission.

**Achtung! Schlosser und Maschinenbauarbeiter!** Kollegen! Wie Ihr wißt, fand in der Pfingstwoche der Allgemeine Metallarbeiter-Kongress zu Weimar statt. Von den Schlossern und Maschinenbauarbeitern Berlins wurden 2 Delegirte dorthin entsendet, welche in der öffentlichen Versammlung vom 6. v. Mts. gewählt wurden. Zur Einsammlung der Gelder für die Delegirten wurde eine Kommission von 4 Mann gewählt, welche zu diesem Zwecke 50 Pf. und Sammellisten ausgab. Kollegen! Da der Kongress längst vorüber, die Gelder aber bis jetzt sehr spärlich eingelaufen sind, fordern wir Euch auf, die Sammlungen nach Kräften fortzusetzen. Geld und Listen sind bei folgenden Kollegen zu haben: Joh. Lehmar, Staligerstr. 123, Hof 3 Tr. I.; Strupp, Wilhelmstr. 122 bei Schuhmacher Werner; Kluge, Zions- Kirchstr. 55; Braich, Strafe 7b Nr. 15.

**Achtung! Verilmntarbeiter, Knopfarbeiter und Drechsler!** Seit circa vier Wochen befinden sich die Arbeiter der Erlmann'schen Manschettenfabrik in Bergedorf bei Hamburg im Streik. Die Arbeiter dieser Fabrik wurden aufgefordert, aus der Vereinigung der Drechsler Deutschlands auszutreten, widrigenfalls sie nach 14 Tagen entlassen seien. Die Arbeiter des Herrn Erlmann hatten aber keine Lust, ihre Vereinigung aufzugeben, sondern sahen die Forderung dieses Herrn als einen ungerechten Eingriff in ihr freies Koalitionsrecht an und legten die Arbeit nieder. Herr Erlmann hat bis jetzt aber immer noch nicht von seiner Forderung abgelassen, sondern bemüht sich jetzt, Arbeiter aus Berlin heranzuziehen, so ist z. B. ein Herr Grapnuid bemüht, Arbeiter, welche der Vereinigung nicht angehören, bei Versprechung von 24 M. Lohn zu bewegen, nach Bergedorf zu reisen. Die streikenden Arbeiter der Erlmann'schen Fabrik richten nun an alle Arbeiter die Bitte, sie in ihrem Kampf, der ja nur ein Kampf um ihr freies Koalitionsrecht ist, zu unterstützen, nichts auf die Versprechungen gewissenloser Agenten zu geben und nicht nach Bergedorf zu reisen und sich da als Streikbrecher gebrauchen zu lassen. J. A.: C. Dost, Wabberstraße 44.

**Die Handarbeit in der Textilindustrie** ist verloren. Dem „Zentralblatt für die Textil-Industrie“ wird geschrieben: „Der Handweberei im schlesischen Gebirge steht abermals ein erheblicher Verlust an Aufträgen dauernd in Aussicht. Die beiden dem schlesischen Bankverein gehörigen Etablissements in Grünberg, die alte schlesische Tuchfabrik und die Wollwäscherei, sind in den Besitz der Firma H. Wolff u. Co. übergegangen, und wie die bisher im schlesischen Gebirge durch Handweber ausgeführten Arbeiten jetzt in der eigenen mechanischen Weberei auszuführen, welche sie in dem Grunberger Etablissement eingerichtet hat.“ Der Untergang auch dieser Handindustrie ist besiegelt. Wer das grauenvolle Elend der schlesischen Weberbauern, in welchem Hunger, Krankheit, Ueberarbeit, Schmutz um die Herrschaft streiten, auch nur von Hörensagen kennt, wird die rasche Auflösung der veralteten Betriebsweise nicht bedauern. Wohl

aber springt hier wieder einmal die Nothwendigkeit einer solchen Sozialpolitik in's Auge, die für die freigesetzten Heimarbeiter in der Großindustrie oder in anderen Erwerbszweigen Unterthun schafft. Liegt man allerdings des berühmten Hygienikers Hirt erschütternde, zehnenmährige Darstellung von der physischen Entartung der schlesischen Weber, so muß man mit ihm zweifeln, ob dieselben überhaupt noch erwerbsfähig sind, oder, was wahrscheinlicher ist, nach und nach aussterben werden. Sind doch diese unglücklichen Menschen körperlich und geistig bereits so heruntergekommen, daß sie nicht mehr die Kraft und Begabung besitzen, sich einer anderen Beschäftigung zuzuwenden, wüthet doch unter ihnen der Hungertyphus, die Schwindsucht und eine geradezu grauenhafte Kindersterblichkeit. Das ist auch ein Stückchen Kultur am Ausgange des neunzehnten Jahrhunderts.

**In Preußen** kostete, wie die offiziöse „Statistische Korresp.“ mittheilt, das Kilogramm

|      | Weizen | Koggen | Rindfleisch | Schweinefleisch | Eihutter |
|------|--------|--------|-------------|-----------------|----------|
| 1887 | 1,58   | 1,19   | 1,13        | 1,15            | 2,15     |
| 1888 | 1,86   | 1,59   | 1,13        | 1,16            | 2,14     |
| 1889 | 1,85   | 1,58   | 1,22        | 1,40            | 2,27     |

Zahlen beweisen! Die Lebensmittelvertheurer mögen lügen und trügen wie sie wollen, die Thatfachen widerlegen sie schlagend. Fort mit den indirekten Steuern auf nothwendige Lebensmittel!

**Von den Kindern der badischen Zigarrenarbeiter,** deren schlechte Ernährung, niedrige Lebenshaltung und Ueberarbeit der badische Fabrikinspektor festgestellt hat, sterben im ersten Lebensjahre bis zu 48 vom Hundert, während die durchschnittliche Kindersterblichkeit im Großherzogthum überhaupt gegen 31,7 Prozent beträgt.

**In der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie** betrug die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle

|       |     |
|-------|-----|
| 1886: | 423 |
| 1887: | 461 |
| 1888: | 486 |
| 1889: | 508 |

Die Zahl der Unfälle hat also stetig zugenommen, und zwar ist dies nicht bloß aus der Zunahme der Betriebe und der beschäftigten Arbeiter zu erklären. Denn im Jahre 1886 kamen auf 1000 Arbeiter 54, im Jahre 1889 dagegen 58 entschädigungspflichtige Unfälle, die letzteren haben also in höherem Maße sich vermehrt, als die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Es ist demnach die Gefährlichkeit des Betriebes, infolge stärkerer Anwendung von Maschinerie und gesteigerter Ausnützung der Arbeitskräfte ohne Rücksicht auf deren Risiko gewachsen. Dafür zählt die chemische Industrie zu denjenigen deutschen Großgewerben, welche die meisten Unternehmerverbände aufweist — fast jedes chemische Produkt ist kartellirt — und welche die höchsten Dividenden abwirft.

**Der kürzlich erschienene englische Bergwerks-Inspektorenbericht für 1889** theilt mit, daß in den Bergwerken in 1889 625 229 Personen gegen 592 636 im Jahre 1888 beschäftigt worden sind. Aber die Zahl der Unfälle ist im Vergleich mit 1888 erheblich gewachsen als die Zahl der angewendeten Grubenleute. Im Jahre 1888 zählte man 885, im Jahre 1889 aber 912 Unfälle, aus welchen 1888: 960, 1889: 1123 Tode, 8 Fälle resultirten. Während im Jahre 1888 auf 1000 beschäftigte Arbeiter 1,06 Unfälle kamen, hob sich diese betrübende Ziffer im letztverfloffenen Jahre auf 1,86. Wenn wir nach dem Verhältnis der Verluste von Menschenleben zu der Menge der geförderten Kohlen fragen, so ergibt sich, daß im Jahre 1888 auf 205 698 Tonnen geförderte Kohlen ein Menschenleben in Verlust ging, während im Jahre 1889 bereits auf 178 227 Tonnen „schwarzer Diamanten“ ein getödteter Arbeiter kommt. In allen Gruben des Vereinigten Königreichs traf im Jahre 1888 auf je 688 Arbeiter ein Verunglückter, in 1889 traf bereits auf je 538 ein Verunglückter. Der Betrieb wird, je tiefer die Schächte werden, immer gefährlicher, und die Beche zählt mit seiner Haut der Arbeiter.

## Versammlungen.

**Eine öffentliche Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend** tagte am 4. Juni cr. Abends in May's Salon, Raunynstr. 27, unter Vorsitz des Herrn Günter mit der Tagesordnung: 1. Die Wichtigkeit der Wahl einer Streik-Kontrollkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt referirte Herr Wilhelm Werner. Redner legte eingehend die heutige Produktionsweise und die Mängel der heutigen Arbeiterbewegung dar, und führte aus, daß man durch die vielen erfolglosen Streiks auf den Gedanken gekommen ist, eine Streik-Kontrollkommission aus Angehörigen aller Branchen zu bilden, damit eine Regelung der Streiks stattfinden könnte. Redner führte weiter aus, daß durch die vielen Streiks verschiedener Gewerkschaften zu derselben Zeit an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter zu große Ansprüche gestellt werden, die der Einzelne nicht befriedigen kann. Er denkt sich die Regelung der Streiks in der Weise, daß nicht wie jetzt jede Gewerkschaft für sich vorgeht, sondern daß die Streik-Kontrollkommission zu entscheiden habe, welche Branche vorzugehen habe, damit die anderen Gelegenheit haben, dieselbe thätig zu unterstützen, denn es würde dann, wenn jeder Arbeiter nur eine Wenigkeit steuert, soviel Geld zusammen kommen, daß der Streik siegreich durchgeführt werden könnte. Redner war ferner der Meinung, daß diese Kommission möglicherweise auf ganz Deutschland auszu dehnen sei.

In der Diskussion sprach Herr Vorhmann im Sinne des Referenten, wies speziell darauf hin, daß die Arbeiter nicht nur auf die Produktion einzuwirken suchen, sondern auch auf die Konsumtion. Er führte aus, daß sie hier in den Händen hätten, die gerechten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, wobei er auf die Kontrollmarke der Hutmacher und auf den Brauerstreik hinwies. In denselben Sinne sprachen die Herren Günter, Schmidt und Krüger. Nur tritt letzterer der Meinung des Referenten entgegen, daß die Streik-Kontrollkommission auf ganz Deutschland auszudehnen sei. Redner meint, man solle damit wieder in den alten Fehler der Zentralisation und daß diese Kommission nur auf dem Lokalen etwas leisten würde. Als Mitglieder der Streik-Kontrollkommission werden gewählt die Kollegen Schmidt, Günter und Brand.

Die Frage: Wie stellen sich die gewerblichen Hilfsarbeiter zu dem nächsten stattfindenden Kongress der nichtgewerblichen Arbeiter in Hannover? verurthete eine längere Debatte. Herr Fritz Krüger kritisirte das Verfahren des Einberufers Herrn Lohberg und führte aus, daß Redner und Willi Schmidt als Delegirte der Berliner Hilfsarbeiter auf dem im April d. J. tagenden Kongress der Bau- und Hilfsarbeiter gegen die Verschmelzung der beiden Kategorien waren, dieselbe wurde aber von der Majorität beschlossen, sie haben sich dem Beschlusse gefügt und halten denselben jetzt vollständig aufrecht. Redner führte weiter aus, daß, wenn der von Lohberg einberufene Kongress zu Stande kommt und dort Beschlüsse gefaßt werden, dieselben von großem Schaden für uns sein könnten, insofern, daß die Beschlüsse dieses Kongresses uns über den Kopf wachsen und wir dann die Spaltung in eigenen Lager hätten.

Redner ist der Meinung, daß man einen energischen Protest einlegen müsse, um den Kongress möglicherweise zu inhibiren. Er weist ferner auf den nächsten Frühjahr stattfindenden Kongress der Bau- und Hilfsarbeiter hin, auf dem das Weitere geregelt werden soll. Redner beantragt, Flugblätter drucken zu lassen, in denen gegen den Kongress der nichtgewerblichen Arbeiter in Hannover protestirt wird und dieselben in den interessirten Städten zu verbreiten; ferner denselben Protest im „Berl. Volksblatt“, „Volks-Tribüne“ und im „Arbeiter“ zu veröffentlichen.

Herr Schmidt sprach über diese Frage in demselben Sinne, wie er der Meinung, daß es genügend wäre, wenn in den genannten Zeitungen protestirt würde. Der erste Antrag wird angenommen.

Die Uebersetzung des Protokolls wird der Vertrauensmänner-Kommission übergeben. Es wurde von beiden Rednern noch auf den vom Kongress der Bau- und Hilfsarbeiter zum Jahresorgan erhobenen „Arbeiter“ aufmerksam gemacht, da derselbe unsere Interessen und Fragen am besten behandeln würde, denselben kolportirt Kollege Noack, Lausitzerstr. 35, Hof im Keller. — Ein Brief der Brauergesellen gelangt zur Verlesung, indem für die moralische Unterstützung gedankt wird, mit der Bitte um weitere Unterstützung. Eine Resolution: Nur Häte mit Brauer-Kontrollmarken zu kaufen; ferner kein Bier aus den Brauereien zu trinken, die noch nicht bewilligt haben, werden angenommen.

**Der Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen,** Zahlstelle Berlin, hielt am 5. d. M. eine Versammlung ab, die vom Vorsitzenden um 9 1/2 Uhr eröffnet wurde. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erhielt Kollege Vorreiter das Wort zu einer Verlesung über Darwinismus. Nach einer Pause von 10 Minuten sprachen zum zweiten Punkt „Diskussion“ die Kollegen Pinn und Vorreiter über obiges Thema. Zum dritten Punkt „Verschiedenes“ liest Kollege Wäcker einen Brief der Kommission der Brauergesellen vor des Inhalts, daß durch den Boykott der Arbeiter 4 Brauereien die Forderungen der Gesellen bewilligt haben, und die Arbeiter ersucht werden, nur Bier aus dem Mündener Brauhaus, Nationalbrauerei, Gräflich Reichsbräuerei und Berliner Volksbrauerei zu trinken. Der Vorstand macht ferner bekannt, daß die Beitrittsliste zur freien Volksliste ansteigt, auf welcher sich auch viele Kollegen einzeichnen. Die Kollegen Pinn und Schönmann machen auf die nächste öffentliche Mechaniker-Versammlung besonders aufmerksam, da in derselben Beschluß gefaßt werden soll über das Verhalten zu denjenigen Werkstätten, welche die Forderungen der Gesellen nicht bewilligen. Darauf Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

**Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins und Umgegend** tagte am Sonnabend, den 7. d. M. in Fenske's Salon, Landsbergerstr. 37. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Herrn W. Werner über die internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliche Verschiedenes. In das Bureau wurden die Kollegen Singert, Habermann und Höhne gewählt. Hierauf erhielt Herr Werner das Wort zu seinem Vortrag. Redner schildert zunächst die traurige Lage der Arbeiter, und hob besonders die Maschine hervor, daß viele Arbeiter noch der Ansicht seien, wenn sie die Maschine zerstören, würden sie ihre Lage verbessern. Die Neuzeit hat uns etwas Besseres gelehrt. Daß man nur eine gefestigte, geregelte Normalarbeitszeit anstreben soll auf internationalem Wege, damit den Arbeitern die Maschine auch zu gute komme, und nicht nur dem Kapitale. Der Vortrag erzielte den lebhaftesten Beifall der Anwesenden und sprach der Vorsitzende dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Von der Diskussion wurde auf Antrag des Kollegen Geelhar Abstand genommen. Hierauf gelangte folgende Resolution gegen 5 Stimmen zur Annahme: „Die heute in Fenske's Salon tagende öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. In Anbetracht, daß nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine Verbesserung der bedrückten Lage erfolgen kann, erklären sich sämtliche Anwesende bereit, dem Verein der deutschen Stellmacher bei der nächsten Mitgliederversammlung beizutreten und mit allen Kräften für denselben zu agitiren.“ Zum Schluß wurden noch die traurigen Nachrichten vom 1. Mai erörtert und von vielen Seiten bedauert, daß die Vereinigung der Stellmacher Deutschlands so traurig dastände, daß sie nicht einmal ihre gemachten Kollegen unterstützen konnte. Hierauf wurden noch die Kollegen Singert, Neel und Höhne zur Zentral-Streikkommission gewählt. Eine Resolution, welche besagte, kein Bier aus kolportirten Brauereien zu trinken, wurde angenommen. Solange wurde noch an das am 14. Juni stattfindende Sommerfest erinnert und um recht rege Theilnahme gebeten.

**Eine öffentliche Versammlung der Sticker Berlins** tagte am Dienstag, den 3. Juni, in Heise's Salon, Lichtenbergers- straße. Der Einberufer, Kollege Neumann, eröffnete die Versammlung um 9 Uhr. In das Bureau wurden die Kollegen Neumann, Auenauer und Hilbert gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag über Arbeiterschutz-Gesetzgebung. 2. Wahl von Vertrauensmännern zur Streik-Kontrollkommission der Berliner Arbeiter und Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referirte der Buchdrucker Wilhelm Werner in 1 1/2 stündiger fesselnder Rede, indem er dem Thema entsprechend die Materie von Grund aus darlegte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung legte Kollege Neumann die Nothwendigkeit einer Organisation der Streiks dar, welche der Referent Wilhelm Werner durch verschiedene Beispiele erklärte. So sei der Formenstreik trotz ihrer Musterorganisation gescheitert, da die Fonds erschöpft und verschiedene andere Gewerkschaften selbst im Ausnahmestand begriffen waren. Der beste Wille war bei Verbindung der Eisenindustriellen gegenüber machtlos. Ein Mittel gegen das Wüthlingen eines Streikunternehmens sei die Erzwangung und Ausbringung der Kosten des letzteren. Die Zentralstreik-Kontrollkommission würde der Macht der Unternehmer Verbände ein Paroli bieten. Kollege Neumann betonte unsere eigenen Erlebnisse, und den Kasserer Streik, während Kollege Haxte aus Hamburg in längeren Ausführungen die Zustände in dortigen Sticker-Gewerbe schilderte.

Nachdem einstimmig beschlossen war, sich durch die Wahl von Delegirten an dem vielversprechenden Unternehmen zu beteiligen, wurde zur Wahl geschritten, von den 5 vorgeschlagenen Kollegen wurden gewählt Robert Neumann und Schmidt.

Unter Verschiedenes rügte Kollege Schmidt die theilweise Saumseligkeit im Bezahlen. Grade jetzt sei es an uns, durch eifrige Unterstützung der Hamburger Kollegen zu zeigen, daß wir noch immer die Alten sind, obgleich unsere auswärtigen Kollegen unsere Streik nicht nach Gebühr und Nothwendigkeit unterstützen haben.

**Eine Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Dachdecker** tagte am Sonntag, den 1. Juni, Vormittags, bei Schlüter, Markstr. 10, unter Vorsitz des Herrn Zbold. Zunächst wurde Herr Zbold als 1. Vorsitzender wiedergewählt. Dann wurde der Kassendbericht vom 1. Quartal vom Kassirer W. Kretschmer verlesen und für richtig erklärt. Weiter wurde ein Vergütungskomitee, aus den Herren Delaube, Lange und Hämmerling bestehend, gewählt.

**Wir erhalten folgende „Berichtigung“:** Durch das im Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises eingeführte neue Wauvorgesetz ist es mir nicht möglich gewesen, mich zu rechtfertigen. Nach dem Bericht hat es den Anschein, als ob ich im ersten Wahlgange für den Freisinnigen agitirt hätte. Zur Nichtigstellung theils hierdurch mit, daß ich nur laut Fraktionsbeschlusse gehandelt habe, das heißt, im zweiten Wahlgange, also bei der Stichwahl, für den Freisinnigen eingetreten bin, und auch erst dann, nachdem ich gesehen habe, daß der Antisemit Dr. Bacher durch verschiedene Wahlbeeinflussungen bereits gesiegt hatte. Wie ist es zwar gleich, wer in der Stadtvertretung ist, ob Freisinniger oder Konserverative, jedoch ein Wähler, der uns, die Sozialdemokratie, in solch schmutziger Weise bereits angegriffen hat, ist meiner Ansicht nicht würdig Stadtverordneter zu sein. Den einzigen Fehler, den ich da begangen habe ist der, daß ich selbstständig vorgegangen bin, jedoch muß ich bemerken, daß ich mich erst Nachmittag 4 Uhr zu diesem Schritte entschlossen habe und da meine kann keine Rede sein, und werde ich weiter im sozialdemokratischen Sinne agitiren. Achtungsvoll Adolf Adler.

**Berichtigung.** In den Vereinsbericht der Plätterinnen hat sich ein Fehler eingeschlichen: Als 2. Kassirerin wurde Frau Schulz und als Kassirer die Damen Fr. Hamann, Dorn und Heidler gewählt.